

Veröffentlichungsreihe der Abteilung **Institutionen und sozialer Wandel** des
Forschungsschwerpunkts Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

ISSN 1615-7559

FS III 02-203

**Handbuch zur Inhaltsanalyse programmatischer
Dokumente von Parteien und Regierungen
in der Bundesrepublik Deutschland**

Andrea Volkens

Berlin, September 2002

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin,
Telefon (030) 25 49 1-0

Zitierweise:

Volgens, Andrea, 2002:

Handbuch zur Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente von Parteien und Regierungen
in der Bundesrepublik Deutschland.

Discussion Paper FS III 02-203.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Zusammenfassung

Der vorliegende Ansatz zur quantitativen Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente von bundesdeutschen Parteien und Regierungen wurde im Rahmen der Manifesto Research Group (MRG) entwickelt. Er erweitert und verfeinert den für den internationalen Vergleich entwickelten MRG-Ansatz für den nationalen Vergleich, indem er über die Messung von politischen Positionen hinaus die in den Dokumenten benannten Themen, Akteure, Handlungsaspekte und betroffene Personengruppen sowie Institutionen, Organisationen, Regionen und Staaten identifiziert. Das Handbuch führt in die Auswahl der Dokumente und Codiereinheiten und in die Anwendung der Klassifikationsvariablen ein. Die Klassifikationsvariablen wurden unter Mitarbeit von Katrin Voltmer, Achim Huber, Carolin Schöbel und Bernhard Weßels am Zentralinstitut 6 der Freien Universität Berlin in den Jahren 1985 bis 1988 entwickelt. In diesem Zeitraum wurden die Wahlprogramme und Regierungserklärungen von 1949 bis 1986 inhaltsanalytisch erschlossen. Seit der Gründung der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) stellt das WZB Ressourcen zur Verfügung, um die Datensammlung zu vervollständigen und zu erweitern.

Abstract

This handbook describes a specific approach of content analysing programmatic documents of parties and governments which was developed in the context of the Manifesto Research Group (MRG). The MRG-approach for measuring policy positions in international comparison has been expanded to identify thematic concerns, actors, and action intentions as well as affected groups, institutions, organisations, regions and states mentioned in the documents. The variables have been generated in collaboration with Katrin Voltmer, Achim Huber, Carolin Schöbel and Bernhard Weßels at the Free University Berlin between 1985 and 1988. During this time period, the German election programs and government declarations from 1949 to 1986 have been content analysed. Since 1989, the Social Science Research Centre Berlin (WZB) provides resources for updating the data collection on election programs and government declarations.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Die Erstellung von standardisierten Textdateien	1
1.1 Die Materialbasis	1
1.2 Die Standardisierung der Originaltexte	2
1.3 Die Identifikationsnummern der Standardsätze	2
1.4 Die Identifikation des Problems	5
1.5 Die Identifikation politischer Positionen	5
1.6 Die Identifikation von Handlungsabsichten	6
1.7 Die Standardisierung von komplexen Texten	7
1.7.1 Veränderung der Textfolge	8
1.7.2 Wiederholung von Textstellen	8
1.7.3 Textstellen ohne benannte Probleme	11
1.8 Standardisierungsübungen	11
1.9 Lösungen der Übungstexte	14
1.10 Reliabilitätstest	22
2 Die numerische Codierung	24
2.1 Die Codiereinheit	24
2.2 Die Identifikationsvariablen	25
2.3 Die Klassifikationsvariablen	27
2.3.1 Politikfeld	27
2.3.2 Art des Problems	30
2.3.3 Position	38
2.3.4 Handlungsaspekt	45
2.3.5 Gesellschaftliche Gruppen	51
2.3.6 Institutionen, Organisationen, Regionen und Staaten	54
2.3.7 Appell	59
2.3.8 Kritik	59

3 Variablenübersicht 61

<i>Variablenname</i>	<i>Inhalt der Variable</i>	
Dokument	Art des Dokuments	61
Autor	Autor des Dokuments	61
Jahr	Erscheinungsjahr des Dokuments	62
Nummer	Laufende Nummer des Standardsatzes	63
Seite	Seitenzahl des Standardsatzes im Dokument	63
Feld	Politikfeld	63
	Außenpolitik	63
	Verteidigungspolitik	66
	Infrastrukturpolitik	68
	Bildungs- und Kulturpolitik	72
	Rechtspolitik	74
	Gesellschaftliche und politische Ordnung	75
	Sozialpolitik	79
	Arbeitspolitik	82
	Wirtschaftspolitik	84
	Finanzpolitik	87
Subsys	Art des Subsystems: Wirtschaft - Politie - Gemeinschaft	88
Struktur	Problemtyp: Struktur - Funktion - Wertordnung	88
Position	Valenz- und Positionsisues	88
Akteur	Handlungsabsicht des Autors	90
Handlung	Spezifizität von Handlungsabsicht und -bedarf	91
Richtung	Richtung von Handlungsabsicht und -bedarf	91
Intens	Intensität von Handlungsabsicht und -bedarf	92
Instrume	Instrumente der Einflußnahme	92
Gruppe1	Gruppenbezug: Klientelgruppe	93
Gruppe2	Gruppenbezug: Benachteiligte Gruppe	95
Institut	Involvierte Institutionen der Exekutive	95
Organis	Involvierte Organisationen	97
Raum	Involvierte Regionen	98
Internat	Involvierte internationale Organisationen	99
Staat	Involvierte Staaten	100
Appell	An welchen Akteur wird appelliert?	101
Kritik	An welchem Akteur wird Kritik geübt?	103

Andrea Volkens

Handbuch zur Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente von Parteien und Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland

1. Die Erstellung von standardisierten Textdateien

Zentrales Anliegen der Inhaltsanalyse ist die Bestimmung des Problemhaushalts der Bundesrepublik aus der Sicht von Parteien und Regierungen. Die Standardisierung der Wahlprogramme und Regierungserklärungen ist deswegen ausgerichtet auf politische, ökonomische und gesellschaftliche **Probleme**, die in den Dokumenten genannt werden. Für diese in den Programmen genannten Probleme wird jeweils erhoben, welche **Positionen** die Parteien und Regierungen dazu beziehen und welche **Handlungsabsichten** sie ankündigen. Ankerpunkt der Standardisierung ist das genannte Problem, dem alle darauf bezogenen Textstellen, getrennt nach Position und Handlungsabsicht, zugeordnet werden. Die standardisierten Textdateien stellen dann eine Neufassung des Gesamttextes dar, in dem der Originaltext anhand der benannten Probleme umstrukturiert wird.

Eine valide und reliable Operationalisierung zur Identifikation politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Probleme ist daher grundlegend. Im folgenden werden die verwendeten Definitionskriterien aufgezeigt und anhand von Beispielen verdeutlicht.

1.1 Die Materialbasis

Materialbasis der Untersuchung sind (1) die Wahlprogramme aller im Bundestag vertretenen Parteien sowie (2) die großen Regierungserklärungen der Bundeskanzler nach Bundestagswahlen und Regierungswechseln im Zeitraum nach 1949.

Prinzipiell sind diese Textanalysen auch ausdehnbar auf andere programmatische Dokumente wie Grundsatzprogramme, Haushaltsdebatten oder Oppositionsentgegnungen auf Regierungserklärungen.

1.2 Die Standardisierung der Originaltexte

Für die Zwecke der Untersuchung werden die Originaltexte in **Standardsätze** umgeformt. Diese Standardsätze enthalten, unter weitgehender Beibehaltung des Originalwortlautes, die folgenden drei Elemente:

- (1) das politische, ökonomische oder gesellschaftliche **Problem**,
- (2) die hinsichtlich dieses Problems bezogene **Position**,
- (3) die hinsichtlich dieses Problems geäußerte **Handlungsabsicht**.

Die Standardsätze werden zu einem Textdatensatz zusammengefaßt, in dem die einzelnen Elemente mit den folgenden Kennziffern versehen sind:

1. Problem
2. Position
3. Handlungsabsicht

Die Kennziffern erlauben eine Trennung der inhaltlich verschiedenen Textelemente und erleichtern durch die Homogenisierung der Textstellen insbesondere computergestützte Inhaltsanalysen.

1.3 Die Identifikationsnummer der Standardsätze

Jeder Standardsatz ist durch eine eindeutige Identifikationsnummer gekennzeichnet. Diese Identifikationsnummer enthält die folgenden Informationen:

1. Art des Dokuments (Wahlprogramm oder Regierungserklärung),
2. Autor des Dokuments (Partei, Regierungskoalition),
3. Erscheinungsjahr des Dokuments,
4. Laufende Nummer des Standardsatzes innerhalb des jeweiligen Dokumentes

Die Identifikationsnummer bleibt für alle im Rahmen des Projektes generierten Datensätze gleich und ist wie folgt codiert:

A. Kennzeichnung der Art des Dokuments:

(1. Stelle der Identifikationsnummer)

- 1 Wahlprogramm
- 2 Regierungserklärung

B. Autor des Dokuments:

(2. und 3. Stelle der Identifikationsnummer)

- 01 SPD
- 02 CDU
- 03 FDP
- 04 CSU
- 05 Die Grünen (1983-1987)
- 06 CDU/CSU
- 10 CDU/CSU-FDP-Koalition
- 11 SPD-FDP-Koalition
- 12 CDU/CSU-SPD-Koalition
- 13 CDU/CSU-FDP-DP-Koalition (1949)
- 14 CDU/CSU-FDP-DP-GB/BHE-Koalition (1953)
- 15 CDU/CSU-DP-Koalition (1957)
- 20 DP
- 21 Zentrum
- 22 GB/BHE
- 23 SSW
- 24 DKP/DRP
- 25 WAV
- 26 KPD
- 27 BP
- 28 PDS (seit BTW 1990)
- 29 Grüne/Bündnis '90 (BTW 1990)
- 30 Bündnis '90/ Die Grünen (seit BTW 1994)

Volkskammerwahl der DDR 1990:

- 51 SPD
- 52 CDU
- 53 FDP
- 54 LDP

55	DFP
56	DSU
57	Grüne-UFV
58	DBD
59	DA
60	PDS
61	Bündnis 90
62	NDPD
63	AVL
64	DFD
70	Regierungserklärung de Maiziere

C. Erscheinungsjahr des Dokuments:

(4. und 5. Stelle der Identifikationsnummer)

1949 49

.
. .
.

D. Laufende Nummer des Standardsatzes im Dokument:

(6., 7. und 8. Stelle der Identifikationsnummer)

001

.
. .
.

999

Beispiel:

Erster Standardsatz im Wahlprogramm der CDU/CSU 1980

10680001

1.4 Die Identifikation des Problems

Die Identifikation des Problems ist Ausgangspunkt der Codierung. Als Probleme werden solche Aussagen verstanden

- die explizit ein Defizit benennen (zu viel/zu wenig),
- die einen Handlungsbedarf artikulieren (etwas muß getan/verändert werden) und/oder
- eine Handlungsabsicht wiedergeben (wir werden tun).

Die Textvercodung bezieht sich also weder auf einen Satz noch auf einen Absatz des Originaltextes, sondern auf ein Problem. Ein einzelner Satz des Originaltextes kann mehrere Probleme enthalten:

Beispiel:

„Wir befinden uns heute innen- und außenpolitisch in einer tiefgreifenden Krise.“

Dieser Satz benennt zwei Probleme, nämlich (1) eine Krise der Innenpolitik und (2) eine Krise der Außenpolitik.

Für die Standardisierung wird das Problem an erster Stelle durch ein Stichwort gekennzeichnet, das das politische Problemfeld wiedergibt, gefolgt von einer näheren Beschreibung des Defizits oder der Handlungsabsicht. Die Vercodung des Problems wird beendet durch einen Punkt, dem die Seitenangabe der Fundstelle im Originaltext folgt.

Nehmen wir an, das Wahlprogramm der CDU von 1980 beginnt mit dem oben genannten Beispielsatz. Die identifizierten Probleme werden dann mit folgenden Kennziffern versehen:

10280001 1 Innenpolitik, Krise der.1

10280002 1 Außenpolitik, Krise der.1

1.5 Die Identifikation politischer Positionen

Als Positionen gelten alle Textstellen, die sich auf das genannte Problem beziehen, sofern sie keine Handlungsabsichten wiedergeben.

Der oben aufgeführte Beispielsatz gibt den einfachsten Fall einer politischen Position wieder: hier wird lediglich festgestellt, daß Defizite existieren, ohne daß eine nähere Charakterisierung dieser Defizite erfolgt. Da eine Handlungsabsicht in diesem Fall nicht auftritt, sehen die beiden Standardsätze folgendermaßen aus:

10280001 1 Innenpolitik, Krise der.1

10280001 2 wir befinden uns heute innenpolitisch in einer tiefgreifenden Krise

10280002 1 Außenpolitik, Krise der.1

10280002 2 wir befinden uns heute außenpolitisch in einer tiefgreifenden Krise

Dieses Beispiel zeigt bereits, daß jede einzelne Zeile des Textdatensatzes mit einer Kennziffer versehen wird. Dieselbe Kennziffer wird so oft wiederholt, bis die dem Problem zugehörigen Textstellen vollständig wiedergegeben sind.

Positionen können sich auch auf komplexere Sachverhalte beziehen. Häufig werden Defizite näher beschrieben oder Ursachen, Wirkungen und Zielperspektiven aufgezeigt.

Idealtypische Beispiele hierfür sind:

Beschreibung: ...besteht im Fehlen von...

Ursache: ...besteht auf Grund von...

Wirkung: ...hat zur Folge, daß...

Ziel: ...muss geändert werden in Richtung auf...

Werden sowohl Ursachen, Wirkungen und Zielperspektiven zu einem Problem benannt, so werden diese auch dem Originaltext entsprechend im Textdatensatz wiedergegeben. Ein Standardsatz kann also nur ein politisches Problem, aber mehrere Positionen enthalten.

1.6 Die Identifikation von Handlungsabsichten

Eine Handlungsabsicht liegt immer dann vor, wenn der Autor des Dokuments explizit formuliert, daß er (oder seine Partei) handeln will. Eine Feststellung oder Forderung, daß von irgendeiner anderen Person oder Partei etwas getan werden muß, zählt dagegen nicht zu den Handlungsabsichten, sondern wird im Sinne eines Handlungsbedarfs oder einer Zielperspektive als Position wiedergegeben. Dies gilt auch dann, wenn die Art des Handlungsbedarfs sehr genau beschrieben wird.

Handlungsbedarf und Handlungsabsicht unterscheiden sich idealtypisch folgendermaßen voneinander:

Handlungsabsicht: wir werden etwas tun.
 Handlungsbedarf: es muss etwas getan werden.

In den Texten treten folgende Formulierungen auf:

Handlungsabsicht:

- wir werden dafür sorgen...
- wir werden darauf achten...
- unsere Partei setzt sich dafür ein...
- wir sind bereit zu unterstützen...
- wir drängen auf...

Handlungsbedarf:

- das ist notwendig...
- das zwingt zu...
- wir verlangen...

1.7 Die Standardisierung von komplexeren Texten

Die Textvercodung eines komplexeren Sachverhaltes zeigt das folgende Beispiel auf:

„Wir haben die außerordentlich hohe Zahl von 2,2 Millionen Arbeitslosen erreicht und diese Zahl wird weiter steigen. Die SPD wird alles in ihrer Macht stehende tun, um dieses Problem zu lösen. Dazu werden wir insbesondere die Förderungsleistungen des Arbeitsamtes verbessern.“

1. Arbeitslose, hohe Zahl.1
2. Wir haben die außerordentlich hohe Zahl von 2,2
3. Millionen Arbeitslosen erreicht und diese Zahl wird
4. 2 weiter steigen
5. Die SPD wird alles in ihrer Macht stehende tun, um
6. dieses Problem zu lösen
7. Dazu werden wir insbesondere die Förderungsleistungen
8. des Arbeitsamtes verbessern.

Dieses Beispiel benennt zwei unterschiedliche Positionen (Beziffern des Defizits und Entwicklungsperspektive) und zwei unterschiedliche Handlungsabsichten für ein und

dasselbe Problem. Eine derartige Kombination von allgemeiner und spezifischer Handlungsabsicht ist in den programmatischen Dokumenten oft zu beobachten.

Das Beispiel zeigt auf, wie der Originaltext nach dem identifizierten Problem, getrennt nach Position und Handlungsabsicht, wörtlich wiedergegeben wird. Position und Handlungsabsicht des Standardtextes stimmen also in der Regel mit dem Originaltext vollständig überein. Ausnahmen von dieser Regel werden in folgenden Fällen gemacht :

1.7.1 Veränderung der Textfolge im Original

Die logische Reihenfolge von Problem, Position und darauf bezogener Handlungsabsicht muß im Standardtext auch dann eingehalten werden, wenn diese Abfolge nicht dem Originaltext entspricht.

Beispiel:

„Wir werden die Mineralölsteuer erhöhen. Damit soll der dringend notwendige Ausbau neuer Verkehrswege finanziert werden.“

1. Verkehrswege, Ausbau.1
2. Damit soll der dringend notwendige Ausbau neuer
3. Verkehrswege finanziert werden
4. Wir werden die Mineralölsteuer erhöhen

1.7.2 Wiederholung von Textstellen

Positionen und Handlungsabsichten, die im Original nur einmal genannt werden, müssen im Standardtext wiederholt werden, wenn sie sich auf mehr als ein Problem beziehen. Derartige Umformungen des Originaltextes müssen vor allem dann vorgenommen werden, wenn in den Programmen umfangreiche Maßnahmenkataloge aufgelistet sind. Die einzelnen Maßnahmen benennen dann meist spezifische Defizite innerhalb eines allgemeineren politischen Problemfeldes. Die einzelnen Maßnahmen werden deswegen auch in voneinander getrennten Standardsätzen erhoben:

Beispiel:

„Die Wohnlichkeit unserer Städte muß verbessert werden. Dazu streben wir folgende Maßnahmen an:

- mehr Grünanlagen
- mehr Radwege
- mehr Wohnstraßen
- mehr Kinderspielplätze“

- 001 1 Grünanlagen, mehr.1
- 001 2 Die Wohnlichkeit unserer Städte muß verbessert werden
- 001 3 Dazu streben wir folgende Maßnahmen an, mehr Grünanlagen
- 002 1 Radwege, mehr.1
- 002 2 Die Wohnlichkeit unserer Städte muß verbessert werden
- 002 3 Dazu streben wir folgende Maßnahmen an, mehr Radwege
- 003 1 Wohnstraßen, mehr.1
- 003 2 Die Wohnlichkeit unserer Städte muß verbessert werden
- 003 3 Dazu streben wir folgende Maßnahmen an, mehr Wohnstraßen
- 004 1 Kinderspielplätze, mehr.1
- 004 2 Die Wohnlichkeit unserer Städte muß verbessert werden
- 004 3 Dazu streben wir folgende Maßnahmen an, mehr Kinderspielplätze

In diesem Fall wird also das allgemeine Defizit (Wohnlichkeit der Städte) zur Position der spezifischen Probleme umgeformt. Wird dagegen ein allgemeines Problem ausführlicher dargestellt und näher beschrieben, dann wird es trotz darauf folgender spezieller Defizite auch zusätzlich als Standardsatz vercodet.

Bei der Standardisierung der Texte soll grundsätzlich zunächst der gesamte Textteil betrachtet werden, der sich mit einem Thema beschäftigt. So finden sich in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl 1982 drei Absätze zum Thema Medienpolitik:

„Eine freie Gesellschaft setzt voraus, daß sich in ihr die Vielfalt der Meinungen Gehör verschafft. Die Massenmedien tragen so eine hohe Verantwortung für die Erhaltung und Stärkung der freiheitlichen Ordnung.

Die Vielfalt der Meinungen verlangt Vielfalt der Organisationsformen. Die politische Blockade moderner Kommunikationstechniken wird beendet.

Die Bundesregierung wird im Zusammenwirken mit den Bundesländern die Medienordnung erneuern. So sollen die Meinungsvielfalt erhöht, die Urteilskraft des Bürgers herausgefordert und der Informations- und Meinungs-austausch über nationale Grenzen hinaus gestärkt werden.“

Der erste Absatz enthält zwei Positionen, aber kein Defizit, denn daß sich die Vielfalt der Meinungen kein Gehör verschaffen kann oder dass die Massenmedien ihrer

Verantwortung nicht gerecht werden, wird an dieser Stelle nicht ausgesagt. Dagegen findet sich im zweiten Absatz eine Handlungsabsicht. Das Problem, das hier zunächst genannt wird, ist also die politische Blockade moderner Kommunikationstechnologien. Der erste zu identifizierende Standardsatz lautet also:

21082001 1 Kommunikationstechnologien, politische
 21082001 1 Blockade moderner.7213
 21082001 2 eine freie Gesellschaft setzt voraus,
 21082001 2 daß sich in ihr die Vielfalt der
 21082001 2 Meinungen Gehör verschafft. Die Massenmedien
 21082001 2 tragen so eine hohe Verantwortung
 21082001 2 für die Erhaltung und Stärkung der
 21082001 2 freiheitlichen Ordnung. Die Vielfalt
 21082001 2 der Meinungen verlangt Vielfalt
 21082001 2 der Organisationsformen
 21082001 3 Die politische Blockade moderner
 21082001 3 Kommunikationstechniken wird beendet

Der dritte Absatz der Rede enthält zunächst eine konkrete Handlungsabsicht, gefolgt von drei Defiziten, die durch die Handlung beseitigt werden sollen.

21082002 1 Meinungsvielfalt, Erhöhung.7213
 21082002 2 so soll die Meinungsvielfalt erhöht werden
 21082002 4 die Bundesregierung wird im Zusammenwirken
 21082002 4 mit den Bundesländern die Medienordnung
 21082002 4 erneuern
 21082003 1 Bürger, Urteilskraft.7213
 21082003 2 So sollen die Urteilskraft des Bürgers
 21082003 2 herausgefordert werden
 21082003 4 die Bundesregierung wird im Zusammenwirken
 21082003 4 mit den Bundesländern die Medienordnung
 21082003 4 erneuern
 21082004 1 Informationsaustausch und
 21082004 1 Meinungs Austausch über nationale Grenzen.7213
 21082004 2 so sollen der Informationsaustausch und der
 21082004 2 Meinungs Austausch über nationale Grenzen
 21082004 2 hinaus gestärkt werden

21082004 4 die Bundesregierung wird im Zusammenwirken
 21082004 4 mit den Bundesländern die Medienordnung
 21082004 4 erneuern

1.7.3 Textstellen ohne benannte Probleme

Insbesondere Regierungsparteien beginnen ihre Wahlprogramme oft mit der Herausstellung der Erfolge ihrer Regierungspolitik der vergangenen Legislaturperiode. Da das Ziel der Standardisierung darin besteht, den Originaltext möglichst umfassend abzubilden, muß versucht werden, diese Textstelle mit einem der nachfolgenden, thematisch ähnlichen Standardsätze zu verbinden. So besteht zum Beispiel die Möglichkeit, diese Einführung mit dem Wahlaufruf am Ende des Programms zu verknüpfen.

1.8 Standardisierungsübungen

Die folgenden drei Beispiele dienen der Einübung von Textstandardisierungen. Die korrekte Identifikation von Problemen, Positionen und Handlungsabsichten ist im Anschluß wiedergegeben. Die Originaltexte sollen zunächst ohne Zuhilfenahme der Lösungen in Standardtexte umgewandelt und erst danach mit den Lösungen verglichen und auf systematische Abweichungen hin untersucht werden.

Übung 1

aus: Wahlprogramm der SPD 1953

Das Recht der Jugend

Die Jugend ist vom Kriege und seinen Folgen besonders schwer getroffen. Sie hat Anspruch auf Maßnahmen, die ihrer außergewöhnlichen geistigen und materiellen Not Rechnung tragen.

Als wesentlichen Teil eines umfassenden Jugendplanes wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende Mindestforderungen erfüllen:

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Berufsnot

durch Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohnraum;

durch Vermehrung der Berufsausbildungsmöglichkeiten für die männliche und weibliche Jugend in der öffentlichen und privaten Wirtschaft.

Schutz der arbeitenden Jugend

durch Verabschiedung eines Jugendarbeitsschutzgesetzes, in dem ausreichender Urlaub für Jugendliche gewährleistet wird;

durch ein fortschrittliches Berufsbildungsgesetz; durch Erweiterung des Kündigungsschutzes unter Einbeziehung der Arbeitnehmer unter 20 Jahren;

durch Aufnahme der Lehrlinge in die Arbeitslosenversicherung

Förderung des Gemeinschaftslebens

Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte zu stärken, werden ausreichend öffentliche Mittel bereitgestellt:

für die Arbeit der Jugendverbände;

für die politische Bildungsarbeit der Jugend;

für den internationalen Jugendaustausch

für den Auf- und Ausbau von Jugendheimen;

für die Jugenderholung;

für Jugendwandern und für Jugendherbergen;

für die Förderung des Sports;

für die kulturellen Einrichtungen der Jugend;

Die deutsche Sozialdemokratie wird der jungen Generation mit der Durchführung dieses Programmes ihren Platz im Leben von Volk und Staat erkämpfen helfen. Sie wird bei Wahlen für die Aufstellung junger Kandidaten sorgen.

Übung 2

aus: Wahlprogramm der FDP 1972

Die F.D.P. hat dafür gesorgt, daß Reformen mit Augenmaß und Sachverstand durchgeführt werden. Die Opposition hatte keine Alternative. Von mehr als dreihundert Gesetzen des 6. Deutschen Bundestages stimmte sie über neunzig Prozent zu. Sie hat daher keinen Anlaß zur Kritik an der Gesetzgebungsarbeit der letzten drei Jahre.

Die F.D.P. wird die erfolgreiche Außen-, Innen- und Agrarpolitik ihrer Minister weiterführen. Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele:

- eine liberale Wirtschaftspolitik, die im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung mehr Stabilität und Wettbewerb sichert;
- eine liberale Steuerpolitik, welche die notwendigen Mittel für die großen öffentlichen Aufgaben sichert und dem Bürger den -Anreiz zu eigener Leistung bietet;
- eine liberale Rechtspolitik, welche das größtmögliche Ausmaß an Freiheiten und Rechten des einzelnen mit dem notwendigen Maß an Sicherheit des Bürgers verbindet;
- eine liberale Bildungspolitik, welche die Gleichheit der Chancen gewährleistet, ohne die individuelle Leistung durch Gleichmacherei und bürokratisches Berechtigungswesen zu ersticken;
- eine liberale Gesellschaftspolitik, die Frauen und Männern gleiche Chancen, Rechte und Pflichten in Familie, Beruf und Gesellschaft sichert und im Bereich der Eigentumsordnung, des Bodenrechts, der Vermögensbildung, der Mitbestimmung und des Umweltschutzes die Forderungen des Freiburger Programms der F.D.P. von 1971 verwirklicht.

Die F.D.P. tritt in dem Bewußtsein vor die Wähler, ihr Nürnberger Wahlprogramm von 1969 weitgehend verwirklicht, ihren Wähleraustrag gewissenhaft wahrgenommen und ihre Pflichten als Wahrer liberaler Grundsätze getan zu haben ihre Koalitionsaussage ist kein Blankoscheck an die SPD. Sie geht von der Fortführung fairer Partnerschaft und der erneuten Einigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm aus, das wieder sozial-liberal und nicht sozialistisch sein wird.

Die F.D.P. bittet die Wähler, ihr den Rückhalt zu geben, der großen Verantwortung auch in Zukunft gerecht zu werden, die sie für die Fortsetzung und den Ausbau einer Strategie des Friedens und der Versöhnung in Europa, eine Politik der vernünftigen Reformen in Deutschland und den inneren Frieden in unserer Gesellschaft trägt.

Die F.D.P. bittet die Wähler, unser Land vor dem Abenteuer eines Rückfalls in die konservative Erstarrung ebenso zu bewahren, wie vor einer Herrschaft ideologischer Fanatiker. Sie bittet die Wähler um ein Zeichen der Vorfahrt auf dem geraden Weg der liberalen Reform, um Vorfahrt für Vernunft.

Übung 3

aus: Wahlprogramm der FDP 1983

16. Verkehrspolitik berührt die Lebenssphäre jedes einzelnen Bürgers unmittelbar. Deshalb ist liberale Verkehrspolitik dem Gemeinwohl verpflichtet und nicht

interessengebunden. Sie gewährleistet grundsätzlich die freie Wahl aller Verkehrsmittel. Der Ausbau der Verkehrswege hat in der Bundesrepublik einen hohen Stand erreicht. Jetzt geht es vor allem darum, diese weltweit beispielhafte Infrastruktur zu erhalten und qualitativ weiterzuentwickeln. Wobei der Bürger einen Anspruch darauf hat, vor Entscheidungen über Verkehrswege von Anfang an umfassend - auch über Alternativen - informiert zu werden und seine Anregungen gehört werden. Die F.D.P. will den öffentlichen Verkehr verbessern.

Ein bedarfsgerechtes und kostengünstiges Verkehrsangebot, insbesondere im ländlichen Raum ist dringend geboten.

Wir lehnen dirigistische Verkehrsmaßnahmen jedoch nach wie vor ab. Wir fordern Straßenbau nach Maß. Deshalb steht die Qualitätsverbesserung des vorhandenen Straßennetzes eindeutig im Vordergrund.

Das bedeutet vor allem:

- die Verkehrssicherheit zu erhöhen*
- (in reinen Wohngebieten 30 km/h)*
- mehr Ortsumgehungen und Radwege zu bauen und*
- höhengleiche Bahnübergänge zu beseitigen.*

Die F.D.P. wird die sich daraus ergebenden Chancen für eine bessere Umwelt in Bund, Ländern und Gemeinden voll nutzen.

1.9 Lösungen der Übungstexte

Standardisierung des Übungstextes 1:

- 001 1 Jugend, vom Krieg und seinen Folgen besonders schwer
- 001 1 getroffen.1
- 001 2 Die Jugend ist vom Krieg und seinen Folgen besonders schwer
- 001 2 getroffen. Sie hat Anspruch auf Maßnahmen, die ihrer
- 001 2 außergewöhnlichen geistigen und materiellen Not Rechnung
- 001 2 tragen
- 002 1 Jugendplan, Schaffung von Arbeitsplätzen.1
- 002 4 Als wesentlichen Teil eines umfassenden Jugendplanes wird
- 002 4 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende
- 002 4 Mindestanforderungen erfüllen, Bekämpfung der
- 002 4 Jugendarbeitslosigkeit und Berufsnot durch Schaffung von
- 002 4 Arbeitsplätzen

- 003 1 Jugendplan, Schaffung von Wohnraum.1
- 003 4 Als wesentlichen Teil eines umfassenden Jugendplanes wird
- 003 4 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende
- 003 4 Mindestanforderungen erfüllen, Bekämpfung der
- 003 4 Jugendarbeitslosigkeit und Berufsnot durch Schaffung von
- 003 4 Wohnraum
- 004 1 Jugendplan, Berufsausbildungsmöglichkeiten.1
- 004 4 Als wesentlichen Teil eines umfassenden Jugendplanes wird
- 004 4 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende
- 004 4 Mindestanforderungen erfüllen, Bekämpfung der
- 004 4 Jugendarbeitslosigkeit und Berufsnot durch Vermehrung der
- 004 4 Berufsausbildungsmöglichkeiten für die männliche und
- 004 4 weibliche Jugend in der öffentlichen und privaten
- 004 4 Wirtschaft
- 005 1 Jugendplan, Jugendarbeitsschutzgesetz.1
- 005 4 Als wesentlichen Teil eines umfassenden Jugendplanes wird
- 005 4 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende
- 005 4 Mindestanforderungen erfüllen, Schutz der arbeitenden
- 005 4 Jugend durch Verabschiedung eines Arbeitsschutzgesetzes, in
- 005 4 dem ausreichender Urlaub für Jugendliche gewährleistet wird
- 006 1 Jugendplan, Berufsausbildungsgesetz.1
- 006 4 Als wesentlichen Teil eines umfassenden Jugendplanes wird
- 006 4 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende
- 006 4 Mindestanforderungen erfüllen, Schutz der arbeitenden
- 006 4 Jugend durch ein fortschrittliches
- 006 4 Berufsausbildungsgesetz
- 007 1 Jugendplan, Kündigungsschutz.1
- 007 4 Als wesentlichen Teil eines umfassenden Jugendplanes wird
- 007 4 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende
- 007 4 Mindestanforderungen erfüllen, Schutz der arbeitenden
- 007 4 Jugend durch Erweiterung des Kündigungsschutzes
- 007 4 unter Einbeziehung der Arbeitnehmer unter 20 Jahren
- 008 1 Jugendplan, Arbeitslosenversicherung.1
- 008 4 Als wesentlichen Teil eines umfassenden Jugendplanes wird
- 008 4 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende
- 008 4 Mindestanforderungen erfüllen, Schutz der arbeitenden
- 008 4 Jugend durch Aufnahme der Lehrlinge in die

- 008 4 Arbeitslosenversicherung
- 009 1 Jugendverbände, Arbeit der 1
- 009 4 Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend
- 009 4 zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte
- 009 4 zu stärken, werden öffentliche Mittel bereitgestellt
- 009 4 für die Arbeit der Jugendverbände
- 010 1 politische Bildungsarbeit der Jugend.1
- 010 4 Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend
- 010 4 zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte
- 010 4 zu stärken, werden öffentliche Mittel bereitgestellt
- 010 4 für die politische Bildungsarbeit der Jugend
- 011 1 Jugendaustausch, internationaler.1
- 011 4 Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend
- 011 4 zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte
- 011 4 zu stärken, werden öffentliche Mittel bereitgestellt
- 011 4 für den internationalen Jugendaustausch
- 012 1 Jugendheime, Aufbau und Ausbau.1
- 012 4 Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend
- 012 4 zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte
- 012 4 zu stärken, werden öffentliche Mittel bereitgestellt
- 012 4 den Aufbau und Ausbau von Jugendheimen
- 013 1 Jugenderholung.1
- 013 4 Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend
- 013 4 zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte
- 013 4 zu stärken, werden öffentliche Mittel bereitgestellt
- 013 4 für die Jugenderholung
- 014 1 Jugendwandern.1
- 014 4 Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend
- 014 4 zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte
- 014 4 zu stärken, werden öffentliche Mittel bereitgestellt
- 014 4 für Jugendwandern
- 015 1 Jugendherbergen.1
- 015 4 Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend
- 015 4 zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte
- 015 4 zu stärken, werden öffentliche Mittel bereitgestellt
- 015 4 für Jugendherbergen
- 016 1 Jugend, Förderung des Sports.1

- 016 4 Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend
- 016 4 zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte
- 016 4 zu stärken, werden öffentliche Mittel bereitgestellt
- 016 4 für die Förderung des Sports
- 017 1 Jugend, kulturelle Einrichtungen.1
- 017 4 Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend
- 017 4 zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte
- 017 4 zu stärken, werden öffentliche Mittel bereitgestellt
- 017 4 für die politische Bildungsarbeit der Jugend
- 018 1 Jugendschrifttum, Förderung.1
- 018 4 Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend
- 018 4 zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte
- 018 4 zu stärken, werden öffentliche Mittel bereitgestellt
- 018 4 für die Förderung des Jugendschrifttums
- 019 1 Junge Generation, Platz im Leben von Volk und Staat.1
- 019 3 Die deutsche Sozialdemokratie wird der jungen Generation
- 019 3 mit der Durchführung dieses Programms ihren Platz im Leben
- 019 3 von Volk und Staat erkämpfen helfen
- 019 4 Sie wird bei der Wahl für die Aufstellung junger
- 019 4 Kandidaten sorgen

Standardisierung des Übungstextes 2:

- 001 1 Außenpolitik, erfolgreiche.1
- 001 2 Die FDP hat dafür gesorgt, daß Reformen mit Augenmaß und
- 001 2 Sachverstand durchgeführt wurden. Die Opposition hatte
- 001 2 keine Alternative. Von mehr als dreihundert Gesetzen des 6.
- 001 2 Deutschen Bundestages stimmte sie über neunzig Prozent zu.
- 001 2 Sie hat daher keinen Anlaß zur Kritik an der Gesetzgebung
- 001 2 der letzten drei Jahre
- 001 3 Die FDP wird die erfolgreiche Außenpolitik ihrer
- 001 3 Minister weiterführen
- 002 1 Innenpolitik, erfolgreiche.1
- 002 2 Die FDP hat dafür gesorgt, daß Reformen mit Augenmaß und
- 002 2 Sachverstand durchgeführt wurden. Die Opposition hatte
- 002 2 keine Alternative. Von mehr als dreihundert Gesetzen des 6.
- 002 2 Deutschen Bundestages stimmte sie über neunzig Prozent zu.
- 002 2 Sie hat daher keinen Anlaß zur Kritik an der Gesetzgebung

- 002 2 der letzten drei Jahre
- 002 3 Die FDP wird die erfolgreiche Innenpolitik ihrer
002 3 Minister weiterführen
- 003 1 Agrarpolitik, erfolgreiche.1
- 003 2 Die FDP hat dafür gesorgt, daß Reformen mit Augenmaß und
003 2 Sachverstand durchgeführt wurden. Die Opposition hatte
003 2 keine Alternative. Von mehr als dreihundert Gesetzen des 6.
003 2 Deutschen Bundestages stimmte sie über neunzig Prozent zu.
003 2 Sie hat daher keinen Anlaß zur Kritik an der Gesetzgebung
003 2 der letzten drei Jahre
- 003 3 Die FDP wird die erfolgreiche Agrarpolitik ihrer
003 3 Minister weiterführen
- 004 1 Stabilität, mehr.1
- 004 3 Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende
004 3 Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele, eine
004 3 liberale Wirtschaftspolitik, die im Rahmen der
004 3 marktwirtschaftlichen Ordnung mehr Stabilität sichert
- 005 1 Wettbewerb, mehr.1
- 005 3 Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende
005 3 Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele, eine
005 3 liberale Wirtschaftspolitik, die im Rahmen der
005 3 marktwirtschaftlichen Ordnung mehr Wettbewerb sichert
- 006 1 Öffentliche Aufgaben, notwendige Mittel für.1
- 006 3 Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende
006 3 Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele, eine
006 3 liberale Steuerpolitik, welche die Mittel für die großen
006 3 öffentlichen Aufgaben sichert
- 007 1 Bürger, Anreiz zu eigener Leistung.1
- 007 3 Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende
007 3 Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele, eine
007 3 liberale Steuerpolitik, welche dem Bürger den Anreiz
007 3 zu eigener Leistung bietet
- 008 1 Freiheit, Rechte und Sicherheit des Bürgers.1
- 008 3 Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende
008 3 Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele, eine
008 3 liberale Rechtspolitik, welche das größtmögliche
008 3 Ausmaß an Freiheiten und Rechten des einzelnen mit dem

- 008 3 notwendigen Maß an Sicherheit des Bürgers verbindet
- 009 1 Gleichheit der Chances.1
- 009 3 Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende
- 009 3 Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele, eine
- 009 3 liberale Bildungspolitik, welche die Gleichheit der Chancen
- 009 3 gewährleistet, ohne die individuelle Leistung durch
- 009 3 Gleichmacherei und bürokratisches Berechtigungswesen
- 009 3 zu ersticken
- 010 1 Frauen und Männer, gleiche Chancen .1
- 010 3 Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende
- 010 3 Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele, eine
- 010 3 liberale Gesellschaftspolitik, die Frauen und Männern
- 010 3 gleiche Chancen, Rechte und Pflichten in Familie, Beruf
- 010 3 und Gesellschaft sichert
- 011 1 Eigentumsordnung.1
- 011 3 Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende
- 011 3 Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele,
- 011 3 im Bereich der Eigentumsordnung die Forderungen
- 011 3 des Freiburger Programms der FDP von 1971 verwirklicht
- 012 1 Bodenrecht.1
- 012 3 Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende
- 012 3 Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele,
- 012 3 im Bereich des Bodenrechts die Forderungen
- 012 3 des Freiburger Programms der FDP von 1971 verwirklicht
- 013 1 Vermögensbildung.1
- 013 3 Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende
- 013 3 Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele,
- 013 3 im Bereich der Vermögensbildung die Forderungen
- 013 3 des Freiburger Programms der FDP von 1971 verwirklicht
- 014 1 Mitbestimmung.1
- 014 3 Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende
- 014 3 Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele,
- 014 3 im Bereich der Mitbestimmung die Forderungen
- 014 3 des Freiburger Programms der FDP von 1971 verwirklicht
- 015 1 Umweltschutz.1
- 015 3 Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende
- 015 3 Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele,

015 3 im Bereich des Umweltschutzes die Forderungen
015 3 des Freiburger Programms der FDP von 1971 verwirklicht
016 1 Regierungsprogramm, sozialliberales.1
016 2 Die FDP tritt in dem Bewusstsein vor die Wähler, ihr
016 2 Nürnberger Wahlprogramm von 1969 weitgehend verwirklicht,
016 2 ihren Wählerauftrag gewissenhaft wahrgenommen und ihre
016 2 Pflichten als Wahrer liberaler Grundsätze getan zu haben.
016 2 Ihre Koalitionsaussage ist kein Blankoscheck an die SPD.
016 2 Sie geht von der Fortführung fairer Partnerschaft und der
016 2 erneuten Einigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm
016 2 aus, das wieder sozialliberal und nicht sozialistisch sein
016 2 wird
017 1 Frieden und Versöhnung in Europa.1
017 2 Die FDP bittet die Wähler, ihr den Rückhalt zu geben, der
017 2 großen Verantwortung auch in Zukunft gerecht zu werden, die
017 2 sie für die Fortsetzung und den Ausbau einer Strategie des
017 2 Friedens und der Versöhnung in Europa trägt
018 1 Reformen, Verantwortung für Politik der.1
018 2 Die FDP bittet die Wähler, ihr den Rückhalt zu geben, der
018 2 großen Verantwortung auch in Zukunft gerecht zu werden, die
018 2 sie für eine Politik der vernünftigen Reformen in
018 2 Deutschland trägt
019 1 Innerer Frieden, Verantwortung der FDP für.1.1
019 2 Die FDP bittet die Wähler, ihr den Rückhalt zu geben, der
019 2 großen Verantwortung auch in Zukunft gerecht zu werden, die
019 2 sie für den inneren Frieden in unserer Gesellschaft trägt
020 1 Konservative Erstarrung.1
020 2 Die FDP bittet die Wähler, unser Land vor dem Abenteuer
020 2 eines Rückfalls in die konservative Erstarrung ebenso zu
020 2 bewahren, wie vor einer Herrschaft ideologischer Fanatiker.
020 2 Sie bittet die Wähler um ein Zeichen der Vorfahrt auf dem
020 2 geraden Weg der liberalen Reform, um Vorfahrt für Vernunft
020 1 Herrschaft ideologischer Fanatiker.1
020 2 Die FDP bittet die Wähler, unser Land vor dem Abenteuer
020 2 eines Rückfalls in die konservative Erstarrung ebenso zu
020 2 bewahren, wie vor einer Herrschaft ideologischer Fanatiker.
020 2 Sie bittet die Wähler um ein Zeichen der Vorfahrt auf dem

020 2 geraden Weg der liberalen Reform, um Vorfahrt für Vernunft

Standardisierung des Übungstextes 3:

- 001 1 Verkehrswege, Erhaltung und qualitative Weiterentwicklung.1
- 001 2 Verkehrspolitik berührt die Lebenssphäre jedes einzelnen
- 001 2 Bürgers unmittelbar. Deshalb ist liberale Verkehrspolitik
- 001 2 dem Gemeinwohl verpflichtet und nicht interessenengebunden.
- 001 2 Sie gewährleistet grundsätzlich die freie Wahl aller
- 001 2 Verkehrsmittel. Der Ausbau der Verkehrswege hat in der
- 001 2 Bundesrepublik einen hohen Stand erreicht. Jetzt geht es
- 001 2 vor allem darum, diese weltweit beispielhafte Infrastruktur
- 001 2 zu erhalten und qualitativ weiterzuentwickeln. Wobei der
- 001 2 Bürger einen Anspruch darauf hat, vor Entscheidungen über
- 001 2 Verkehrswege von Anfang an umfassend, auch über
- 001 2 Alternativen, informiert zu werden und seine Anregungen
- 001 2 gehört werden
- 002 1 Verkehr, öffentlicher.1
- 002 3 Die FDP will den öffentlichen Verkehr verbessern
- 003 1 Verkehrsangebot.1
- 003 2 Ein bedarfsgerechtes und kostengünstiges Verkehrsangebot,
- 003 2 insbesondere im ländlichen Raum ist dringend geboten
- 004 1 Verkehrsmaßnahmen, dirigistische.1
- 004 2 Wir lehnen dirigistische Verkehrsmaßnahmen jedoch nach wie
- 004 2 vor ab
- 005 1 Straßenbau nach Maß.1
- 005 2 Wir fordern Straßenbau nach Maß. Deshalb steht die
- 005 2 Qualitätsverbesserung des vorhandenen Straßennetzes
- 005 2 eindeutig im Vordergrund
- 005 3 Die FDP wird die sich daraus ergebenden Chancen für eine
- 005 3 bessere Umwelt in Bund Ländern und Gemeinden voll nutzen
- 006 1 Verkehrssicherheit, Erhöhung.1
- 006 2 Wir fordern Straßenbau nach Maß. Deshalb steht die
- 006 2 Qualitätsverbesserung des vorhandenen Straßennetzes
- 006 2 eindeutig im Vordergrund. Das bedeutet vor allem,
- 006 2 die Verkehrssicherheit erhöhen, in reinen Wohngebieten 30
- 006 2 km/h
- 006 3 Die FDP wird die sich daraus ergebenden Chancen für eine

- 006 3 bessere Umwelt in Bund Ländern und Gemeinden voll nutzen
 007 1 Ortumgehungen.1
 007 2 Wir fordern Straßenbau nach Maß. Deshalb steht die
 007 2 Qualitätsverbesserung des vorhandenen Straßennetzes
 007 2 eindeutig im Vordergrund. Das bedeutet vor allem,
 007 2 mehr Ortumgehungen zu bauen
 007 3 Die FDP wird die sich daraus ergebenden Chancen für eine
 007 3 bessere Umwelt in Bund Ländern und Gemeinden voll nutzen
 008 1 Radwege.1
 008 2 Wir fordern Straßenbau nach Maß. Deshalb steht die
 008 2 Qualitätsverbesserung des vorhandenen Straßennetzes
 008 2 eindeutig im Vordergrund. Das bedeutet vor allem,
 008 2 mehr Radwege zu bauen
 008 3 Die FDP wird die sich daraus ergebenden Chancen für eine
 008 3 bessere Umwelt in Bund Ländern und Gemeinden voll nutzen
 009 1 Bahnübergänge, höhengleiche.1
 009 2 Wir fordern Straßenbau nach Maß. Deshalb steht die
 009 2 Qualitätsverbesserung des vorhandenen Straßennetzes
 009 2 eindeutig im Vordergrund. Das bedeutet vor allem,
 009 2 höhengleiche Bahnübergänge zu beseitigen
 009 3 Die FDP wird die sich daraus ergebenden Chancen für eine
 009 3 bessere Umwelt in Bund Ländern und Gemeinden voll nutzen

1.10 Reliabilitätstest

Um die Übereinstimmung zwischen verschiedenen Codern zu überprüfen, soll das Wahlprogramm der CDU von 1961 standardisiert werden.

Kölner Manifest: Das Wahlprogramm der CDU zur Bundestagswahl 1961

Deutschland, nach dem zweiten Weltkrieg verachtet und verlassen, hat unter Führung der Union Achtung und Freundschaft in der freien Welt erworben und Sicherheit vor dem sowjetischen Imperialismus gewonnen.

Noch aber leben 17 Millionen Deutsche in der Zone unter täglich neuen Bedrückungen eines fremden Gewaltregimes. Ihnen bleiben wir mit unserer ganzen politischen Arbeit leidenschaftlich verbunden.

Das deutsche Volk in der Bundesrepublik hat unter Führung der Union den konfessionellen Hader und die klassenkämpferische Zwietracht überwunden und sich aus Armut und Not zu wachsendem Wohlstand emporgearbeitet.

Die Union stellt sich in Zuversicht dem Urteil des deutschen Volkes bei der Wahl zum Bundestag am 17. September 1961. Dem guten Recht eines jeden, aber keinem einseitigen Interesse verpflichtet, werden wir auch in Zukunft, in Verantwortung vor Gott und den Menschen, unsere politischen Entscheidungen treffen.

Die christlich Demokratische Union will:

*die Freiheit aller Deutschen
den Frieden der Welt
die Einheit des Vaterlandes
die Einigung Europas
die atlantische Gemeinschaft.*

Sie fordert deshalb:

- 1. Die Sicherheit unseres Staates und seiner Bürger vor jeder Bedrohung von außen und innen.*
- 2. Das Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen, die Freiheit der Hauptstadt Berlin, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.*
- 3. Die Einigung Europas und den Ausbau des atlantischen Bündnisses.*
- 4. Die allgemeine kontrollierte Abrüstung, einschließlich aller Atomwaffen.*
- 5. Die gemeinsame Hilfe der freien Welt für die Entwicklungsländer.*

Die Christlich-Demokratische Union will:

*die Freiheit des Bürger;
die Förderung der Familie;
die freie Entfaltung der Gesellschaft;
Eigentum für jeden und Wohlstand für alle;
Soziale Ordnung in Stadt und Land.*

Sie fordert deshalb:

- 1. Die Weiterführung der sozialen Marktwirtschaft, die Beseitigung jeder marktwidrigen Konzentration, die Stärkung des Mittelstandes und der Landwirtschaft, die weitere Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, stabiles Geld und gesunde Währung, gesichertes Sparen und weit gestreutes Eigentum, Weiterführung der Sozialreform, des sozialen Wohnungsbaues, des Prämiensparens und der Volksaktie.*
- 2. Solide Ausbildung unserer Jugend von der Volksschule bis zur Universität, Ausbau der Bildungs- und Forschungseinrichtungen, familiengerechte Förderung aller*

Begabten von der Fachschule bis zu den wissenschaftlichen Hochschulen durch Stipendien und Darlehen, für jeden die gleiche Chance nach Begabung und Neigung

3. *Stärkung der Familie, Ausbau des Kindergeldes, Entlastung der Mütter, Sorge für die Alten, Förderung des Eigenheimes und der Eigentumswohnung, familiennahe Kindergärten und Spielplätze.*
4. *Bau von Sportplätzen, Turnhallen und Schwimmbädern nach dem „Goldenen Plan“, Schaffung und Pflege von Erholungs- und Wandergebieten.*
5. *Umfassende Raumordnung, Erneuerung unserer Städte und Dörfer, Entlastung der Ballungsgebiete, Herabsetzung der Wohndichte, mehr Grünflächen in unseren Städten, Verbesserung der Verkehrs- und Straßenverhältnisse, Lärmbekämpfung, Reinhaltung der Luft und Wasser.*

Die Erfolge unseres Volkes unter der Führung der Union sind jedem sichtbar. Wer das Erreichte nicht aufs Spiel setzen, wer unsere Zukunft sichern, und wer den Weg nach oben weitergehen will, wählt die Christlich-Demokratische Union Deutschlands.

2. Die numerische Codierung

Das vorliegende Klassifikationsschema wurde für eine quantitative Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente politischer Akteure entwickelt. Es umfaßt 23 Variablen mit einer Vielzahl von Ausprägungen und ermöglicht damit flexible Auswertungen und Untersuchungen, u. a. im Bereich von Theorien des Parteienwettbewerbs und Koalitionstheorien. Darüber hinaus sind Verknüpfungen mit anderen Datensätzen vorgesehen, so daß Policy-Output-Theorien und Linkage-Theorien über die Beziehungen zwischen Wählern und Parteien getestet werden können.

2.1 Die Codiereinheit

Ausgangspunkt der Anwendung des Klassifikationsschemas sind die standardisierten Textdateien. Die Codiereinheit ist der Standardsatz mit seinen drei Texteinheiten ‚Problem‘, ‚Position‘ und Handlungsabsicht. Jeder dieser Standardsätze wird anhand der 23 Variablen des Klassifikationsschemas verschlüsselt. Die Summe aller in einem Dokument identifizierten Probleme bildet also auch die Summe der Codiereinheiten in einem Text.

2.2 Die Identifikationsvariablen

Ebenso wie der Textdatensatz wird der numerische Datensatz mit Identifikationsnummern versehen. Diese Identifikationsnummern enthalten die folgenden Informationen:

Variable 1: Art des Dokuments

- 1 Wahlprogramm
- 2 Regierungserklärung

Variable 2: Autor des Dokuments

- 01 SPD
- 02 CDU
- 03 FDP
- 04 CSU
- 05 Die Grünen (1983-1987)
- 06 CDU/CSU
- 10 CDU/CSU-FDP-Koalition
- 11 SPD-FDP-Koalition
- 12 CDU/CSU-SPD-Koalition
- 13 CDU/CSU-FDP-DP-Koalition (1949)
- 14 CDU/CSU-FDP-DP-GB/BHE-Koalition (1953)
- 15 CDU/CSU-DP-Koalition (1957)
- 20 DP
- 21 Zentrum
- 22 GB/BHE
- 23 SSW
- 24 DKP/DRP
- 25 WAV
- 26 KPD
- 27 BP
- 28 PDS (seit BTW 1990)
- 29 Grüne/Bündnis '90 (BTW 1990)
- 30 Bündnis '90/ Die Grünen (seit BTW 1994)

Volkskammerwahl der DDR 1990:

- 51 SPD
- 52 CDU

53	FDP
54	LDP
55	DFP
56	DSU
57	Grüne-UFV
58	DBD
59	DA
60	PDS
61	Bündnis 90
62	NDPD
63	AVL
64	DFD
70	Regierungserklärung de Maiziere

Variable 3: Erscheinungsjahr des Dokuments

1949 49

.
. .
.

Variable 4: Laufende Nummer des Standardsatzes im Dokument

001

.
. .
.

999

Variable 5: Seitenangabe des Standardsatzes im Dokument

0001

.
. .
.

9999

2.3 Die Klassifikationsvariablen

Der theoretischen Breite an Forschungsansätzen entspricht die Vielfalt an Fragen, die durch die Anwendung des Klassifikationsschemas beantwortet werden können:

1. Welche politischen **Politikfelder** werden angesprochen?
- 2a. Auf welches gesellschaftliche **Subsystem** (Ökonomie, Politik, Gesellschaft) ist das Problem bezogen?
- 2b. Sind mit dem Problem Fragen der **Struktur**, der **Funktion** einer gegebenen Struktur oder der **Wertordnung**, die eine bestimmte Struktur begründet, angesprochen?
3. Welche Position wird bezogen?
- 4a. Wer ist der **Akteur**?
- 4b. Wird eine generelle oder eine spezifische **Handlungsabsicht** geäußert?
- 4c. Auf welche Art und Weise soll gehandelt werden?
5. Welche gesellschaftlichen **Gruppen** sind in das Problem einbezogen?
6. Welche **Organisationen, Institutionen** oder **Staaten** sind in das Problem einbezogen?
7. An welchen Akteur wird **appelliert**?
8. Welcher Akteur wird **kritisiert**?

2.3.1 Politikfeld

Eine Einteilung der angesprochenen Probleme in unterschiedliche Politikfelder ermöglicht quantifizierende Aussagen zur Bedeutung einzelner Politikbereiche, deren Veränderung im Zeitverlauf und parteipolitische Unterschiede in der Betonung von Problemhaushalten.

Die Variable 6 ‚Politikfeld‘ erfaßt zudem die Ebene der konkreten Issues, die zu unterschiedlichen Arenen politischer Probleme aggregiert werden können. Die Variable umfaßt deswegen einen komplexen 5-stelligen Code, der in den ersten drei Stellen das allgemeine Politikfeld und in zwei weiteren Stellen einen Feincode für spezifische politische Streitfragen innerhalb des Politikfeldes angibt. Einzelne Politikfelder können zu Politikbereichen zusammengefaßt werden. Die unterschiedlichen Aggregationsebenen

können wie folgt dargestellt werden:

1. Ebene: Politikbereiche, z. B. Bereich Außenpolitik;
2. Ebene: Politikfelder, z. B. Bereich Deutschlandpolitik;
3. Ebene: Politikthemen, z. B. Deutsche Teilung.

Die Klassifikation der Politikfelder lehnt sich an die Aufteilung der Kabinette nach Bundesministerien an. Wegen der unterschiedlichen Zusammenfassung von Politikbereichen zu Ministerien in den einzelnen Kabinetten der Bundesrepublik und vor allem wegen der hohen Aggregation einiger wichtiger Politikarenen, werden die Politikbereiche einiger Ministerien getrennt voneinander ausgewiesen. Die Variable 6 gibt in 3 von 5 Stellen das folgende zentrale Problemfeld an:

Variable 6: Politikfeld (1.-3. Stelle)

1. Bereich Außenpolitik

- 010 Außenpolitik allgemein
- 020 Deutschlandpolitik
- 030 Berlinpolitik
- 040 Ostpolitik
- 050 EG-Politik
- 060 Entwicklungsländerpolitik

2. Bereich Verteidigungspolitik

- 110 Verteidigungspolitik allgemein
- 120 Bündnispolitik
- 130 Friedens- und Entspannungspolitik

3. Bereich Infrastrukturpolitik

- 210 Infrastrukturpolitik allgemein
- 220 Verkehrspolitik
- 230 Energiepolitik
- 240 Umweltpolitik
- 250 Wohnungsbaupolitik
- 260 Städtebau- und Raumordnung
- 270 Post- und Fernmeldewesen

4. Bereich Bildungs- und Kulturpolitik

- 310 Kulturpolitik

- 320 Bildungspolitik
- 330 Forschungspolitik
- 340 Medienpolitik
- 350 Sport und Freizeit

5. Bereich Rechtspolitik

- 410 Rechtspolitik allgemein
- 420 Rechtsordnung

6. Bereich gesellschaftliche und politische Ordnung

- 510 Ordnungspolitik allgemein
- 520 Gesellschaftsordnung
- 530 Politische Ordnung und politische Führung
- 540 Innere Sicherheit
- 550 Föderalismus

7. Bereich Sozialpolitik

- 610 Sozialpolitik allgemein
- 620 Familienpolitik
- 630 Rentenpolitik
- 640 Jugendpolitik
- 650 Ausländerpolitik
- 660 Gesundheitspolitik
- 670 Sozialordnung

8. Bereich Arbeitspolitik

- 710 Arbeitspolitik allgemein
- 720 Einkommens- und Vermögenspolitik
- 730 Tarif- und Lohnpolitik
- 740 Arbeitsrecht
- 750 Arbeitsschutz und Humanisierung der Arbeitswelt

9. Bereich Wirtschaftspolitik

- 810 Wirtschaftspolitik allgemein
- 820 Wirtschaftsordnung
- 830 Wirtschaftsrecht
- 850 Außenwirtschaft
- 860 Agrar- und Forstwirtschaft

10. Bereich Finanzpolitik

- 910 Finanzpolitik allgemein
- 920 Haushaltspolitik
- 930 Steuerpolitik
- 940 Wirtschaftsförderung
- 950 Geld- und Währungspolitik, Preispolitik

Die weitere Untergliederung der einzelnen Problemfelder in spezifische Themenbereiche ermöglicht eine Analyse parteipolitischer Unterschiede in den einzelnen Politikfeldern. Auf dieser untersten, dritten Ebene werden die benannten Probleme in einzelne, sehr fein gegliederte Themenblöcke kategorisiert. (Zu diesem Feincode vgl. das Klassifikations-schema).

Die Aufgliederung in Themenbereiche kann als eine Nominaldefinition angesehen werden. Aufgrund der feinen Gliederung und Beschreibung dieser Kategorien kann die Klassifikation für jedes einzelne Problem zu einem der Problembereiche leicht nachvollzogen werden. Damit wird gleichzeitig die Zuordnung von Problemen zu Politikfeldern ermöglicht, da die Themen in den einzelnen Problemfeldern als eine Definition der entsprechenden Kategorien gelten können.

2.3.2 Art des Problems

2.3.2.a Der Bezug des genannten Problems auf gesellschaftliche Subsysteme

Die genannten Probleme werden in einem ersten Schritt den gesellschaftlichen Subsystemen zugeordnet, auf die sie bezogen sind. Dabei wird zwischen dem **ökonomischen Subsystem**, der **Politie** und dem **gesellschaftlichen Subsystem** im engeren Sinne unterschieden.

Variable 7: Typ des Problems: Art des Subsystems

1. Wirtschaft
2. Politie
3. Gesellschaft

2.3.2.b Der Bezug des genannten Problems auf gesellschaftliche Struktur-, Funktions- oder Wertordnungsfragen

Nach der Zuordnung zu gesellschaftlichen Subsystemen wird entschieden, ob mit dem genannten Problem Fragen der **Struktur**, der **Funktionsweise** oder der **Wertordnung** dieser Subsysteme angesprochen sind.

Variable 8: Typ des Problems: Struktur - Wert - Funktion

1. Struktur
2. Funktion
3. Wertordnung

Der **Strukturbegriff** ist definiert als der Ausdruck
- der Hauptkonfliktlinien im innen- und außenpolitischen Bereich

Der **Wertbegriff** ist definiert als
- strukturbildende Prinzipien

Der **Funktionsbegriff** ist definiert als
- „politics as usual“

Die Codeziffern 1 und 3 werden dann - und nur dann - vergeben, wenn die Struktur oder der Wert selbst explizit als Problem benannt werden. Schlußfolgerungen, daß sich aus einem benannten Problem ein Struktur- oder Werteproblem ableiten läßt, sind nicht zulässig.

Die Kombination der beiden Variablen 6 und 7 ergibt neun Grundtypen von Problemen, die nachfolgend dargestellt werden:

- 11 Probleme, die die Konfliktlinie zwischen Lohnarbeit und Kapital und die der Marktwirtschaft (Zusammenhang von Inflation und Beschäftigung, Inflation und Stagnation, Inflation und Verteilung) thematisieren
- 12 Probleme, die aktuell in den wirtschaftlichen Prozessen entstehen
- 13 Probleme, die die der Wirtschaftsordnung zugrundeliegenden Prinzipien und normativen Erwartungen thematisieren (z. B. Selbstregulierung der Marktkräfte, freies Unternehmertum)
- 21 Probleme, die international begründet sind (Ost-West-Konflikt, Nord-Süd-Gefälle)

- 22 Probleme, die aktuelle Defizite der Koordination staatlichen Handelns und der Erhaltung der staatlichen Sicherheit nach innen und außen ansprechen
- 23 Probleme, die die normative Ordnung des Staates (rechtsstaatliche Orientierungen), und Fragen der nationalen Identität, sowie normative Beurteilungen anderer politischer Systeme ansprechen

- 31 Probleme, die auf die grundlegenden gesellschaftlichen Konfliktlinien bezogen sind (Lohnarbeit - Kapital, Stadt - Land, Gegensätze zwischen Konfessionen, etc.)
- 32 Probleme der sozialen Integration (z. B. Arbeitslosigkeit, Generationenprobleme)
- 33 Probleme, die auf normative Vorstellungen über das Zusammenleben der Bürger bezogen sind (z. B. soziale Gerechtigkeit)

Die folgende Übersicht zeigt auf, welche benannten Probleme in einzelnen Politikfeldern (vgl. Variable 6) als Struktur- und Werteprobleme verschlüsselt werden:

010 Außenpolitik

Struktur: Blockfreiheit, Blockgegensätze.

Wert: Menschenrechtsverletzungen (Folter, Apartheid), Beurteilungen politischer Systeme (für Freiheit, und Demokratie, gegen Gewaltherrschaft und Unterdrückung).

020 Deutschlandpolitik

Struktur: Deutschland im Spannungsfeld des Ost-West-Konfliktes.

Wert: Wiedervereinigung, Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen, nationale Einheit, nationale Identität, Beurteilungen des politischen Systems der DDR (kommunistische Gewaltherrschaft, fehlende Freiheit und Demokratie), Menschenrechtsverletzungen in der DDR, keine freie Presse, Schießbefehl an der Mauer.

030 Berlinpolitik

Struktur: Berlin im Spannungsfeld des Ost-West-Konfliktes.

Wert: Einstehen für das freie Berlin, Symbolwert Berlins für die freie Welt.

040 Ostpolitik

Struktur: Ost-West-Konflikt.

Wert: Menschenrechtsverletzungen in Ostblockstaaten, Einschätzungen des politischen Systems sozialistischer Staaten.

050 EG-Politik

Struktur: EG im Ost-West-Konflikt.

Wert: Demokratie innerhalb europäischer Institutionen.

060 Entwicklungsländerpolitik

Struktur: Nord-Süd-Konflikt, Kluft zwischen 1. und 3. Welt, Blockfreiheit.

Wert: Förderung von Freiheit und Demokratie in Entwicklungsländern, für politische Unabhängigkeit, gegen Politik der Bevormundung, Menschenrechtsverletzungen, Verantwortung für Entwicklungsländer

110 Verteidigungspolitik

Struktur: Wettrüsten als Folge des Ost-West-Konfliktes.

Wert: militärische Sicherheit als Garant für freiheitliche Ordnung, allgemeine Wehrpflicht als demokratische Grundpflicht, demokratischer Auftrag der Bundeswehr.

120 Bündnispolitik

Struktur: Nato im Ost-West-Konflikt.

Wert: Nato als Garant für Sicherheit und Frieden.

130 Friedenspolitik

Struktur: Ost-West-Konflikt als Gefahr für den Weltfrieden.

Wert: Frieden als Wert, Gerechtigkeit als Grundlage für den Frieden

210 Infrastruktur

Struktur: Stadt-Land-Konflikt.

Wert: menschenwürdige Infrastruktur, Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren.

220 Verkehrspolitik

Struktur: -

Wert: Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren.

230 Energiepolitik

Struktur: -

Wert: Gefahren für den Rechtsstaat durch Kernenergie, Eingriffe in die Grund- und Freiheitsrechte, Zusammenbruch der wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung ohne Kernenergie, Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren.

240 Umweltpolitik

Struktur: Umweltpolitik und Stadt-Land-Konflikt.

Wert: ökologische Verantwortung, neue Werthaltungen.

250 Wohnungsbau

Struktur: -

Wert: soziale Gerechtigkeit im sozialen Wohnungsbau, menschenwürdige Ausstattung von Wohnungen.

260 Städtebau, Raumordnung

Struktur: Stadt-Land-Konflikt.

Wert: menschlichere, lebenswertere Städte.

270 Post- und Fernmeldewesen

Struktur: -

Wert: -

310 Kulturpolitik

Struktur: -

Wert: Freiheit der Kunst.

320 Bildungspolitik

Struktur: -

Wert: Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und Gleichberechtigung durch Bildung, Bürgerrecht auf Bildung, menschlichere Schulen (mehr Miteinander, Geborgenheit, weniger Leistungsdruck), Einüben demokratischen Verhaltens und verschiedener Werte in der Schule, demokratische Struktur der Hochschule, weniger Staat, mehr Eigenverantwortung.

330 Forschungspolitik

Struktur: -

Wert: Freiheit der Wissenschaft, Verantwortbarkeit technischer Entwicklungen.

340 Medienpolitik

Struktur: -

Wert: Meinungs- und Pressefreiheit.

350 Sport und Freizeit

Struktur: -

Wert: lebenswerte Freizeitgestaltung.

410 Rechtspolitik

Struktur: -

Wert: Liberalität in Rechtsverfahren, Grundrechte von Häftlingen, menschenwürdige Gestaltung von Strafen.

420 Rechtsordnung

Struktur: -

Wert: Grundgesetz als Grundlage politischen Handelns, Freiheitsrechte, Grundrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau.

510 Ordnungspolitik

Struktur: -

Wert: mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, demokratische Kontrolle von Verwaltungstätigkeiten, Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

520 Gesellschaftsordnung

Struktur: konfessionelle Gegensätze.

Wert: Toleranz, mitmenschliche Solidarität, weniger Staat - mehr Eigenverantwortung, Rolle des Staates gegenüber der Gesellschaft als Anwalt des Gemeinwohls und Verpflichtung zu weltanschaulicher Neutralität, Auseinandersetzung mit NS-Vergangenheit, Pflege deutscher Tradition.

530 Politische Ordnung und politische Führung

Struktur: -

Wert: Demokratie, politische Kultur, politischer Extremismus, demokratische Grundsätze des parlamentarischen Systems, souveräner Status der Bundesrepublik.

540 Innere Sicherheit

Struktur: -

Wert: Spannungsverhältnis zwischen Bürgerrechten und Verteidigung der inneren Sicherheit, soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung der inneren Sicherheit, innerer Frieden.

550 Föderalismus

Struktur: -

Wert: Föderalismus als Grundprinzip politischer Ordnung.

610 Sozialpolitik

Struktur: -

Wert: soziale Gerechtigkeit im Sicherungssystem, Individualität und Eigenverantwortung in sozialen Einrichtungen, nicht nur materielle Versorgung, sondern humane Lebensbedingungen.

620 Familienpolitik

Struktur: -

Wert: Bedeutung der Familie, keine staatliche Bevormundung der Familie, Abbau der traditionellen Familienhierarchie, Recht auf Selbstbestimmung im Zusammenhang mit Abtreibung, gegen Mißbilligung anderer Lebensformen.

630 Rentenpolitik

Struktur: -

Wert: Gleichberechtigung von Mann und Frau im Rentenrecht, Menschenwürdige Lebensverhältnisse im Alter, Solidarität der Generationen.

640 Jugendpolitik

Struktur: -

Wert: Gewährung von Grundrechten in Erziehungseinrichtungen.

650 Ausländerpolitik

Struktur: konfessionelle Gegensätze.

Wert: gegenseitiges Verständnis und Toleranz, miteinander leben, Erhaltung der kulturellen Identität.

660 Gesundheitspolitik

Struktur: -

Wert: pro freiheitliches Gesundheitssystem, contra sozialistisches Betreuungssystem im Kollektiv, Eigenverantwortung für Gesundheit, nicht nur technische Versorgung, sondern menschliche Zuwendung, gegen seelenlose, anonyme Großkliniken

670 Sozialordnung

Struktur: Gegensatz von Kapital und Arbeit.

Wert: sozialer Friede, soziale Gerechtigkeit, menschliche Gestaltung des Sozialstaates, Sozialstaatlichkeit als Voraussetzung für inneren Frieden, Eigenverantwortlichkeit versus staatliche Bevormundung.

710 Arbeitspolitik

Struktur: Gegensatz von Kapital und Arbeit.

Wert: Arbeit als Selbstverwirklichung, Recht auf Arbeit, Gleichberechtigung in der Arbeitswelt.

720 Einkommens- und Vermögenspolitik

Struktur: Gegensatz von Kapital und Arbeit

Wert: Wert des Eigentums

730 Tarif- und Lohnpolitik

Struktur: -

Wert: Verteidigung der Tarifautonomie, Verantwortung der Sozialpartner für sozialen Frieden und wirtschaftliche Stabilität, Minderheitenschutz im Betriebsrat.

740 Arbeitsrecht

Struktur: -

Wert: Mitbestimmung

750 Arbeitsschutz, Humanisierung der Arbeitswelt

Struktur: -

Wert: humane Arbeitsbedingungen.

810 Wirtschaftspolitik

Struktur: -

Wert: wirtschaftliche Stabilität als Garant der freiheitlichen Ordnung.

820 Wirtschaftsordnung

Struktur: -

Wert: soziale Marktwirtschaft, weniger Staat, mehr Wettbewerb.

830 Wirtschaftsrecht

Struktur: -

Wert: -

850 Außenwirtschaft

Struktur: Nord-Süd-Konflikt.

Wert: gerechtes Weltwährungssystem.

860 Agrarpolitik

Struktur: Stadt-Land-Gegensatz.

Wert: gesellschaftliche Bedeutung des Bauerntums.

910 Finanzpolitik

Struktur: -

Wert: -

920 Haushaltspolitik

Struktur: -

Wert: Verschuldung belastet Selbstvertrauen des Bürgers.

930 Steuerpolitik

Struktur: -

Wert: Steuergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit durch Steuerumschichtungen.

940 Wirtschaftsförderung und Subventionspolitik

Struktur: -

Wert: -

950 Geld- und Währungspolitik

Struktur: -

Wert: -

2.3.3 Position

Die Variable 9 spezifiziert, welche Positionen im Hinblick auf politische Probleme bezogen werden. Handelt es sich bei politischen Streitfragen um sogenannte

Positionsissues, dann wird das jeweilige Thema als „pro“ oder „contra“ verschlüsselt. Handelt es sich um sogenannte Valenzissues, also politische Themen, bei denen keine Gegenpositionen auftreten, dann wird erfaßt, welches Themengebiet von den politischen Akteuren angesprochen wird. Diese Variable wurde von der Manifesto Research Group des European Consortium for Political Research unter der Leitung von Prof. Dr. Ian Budge entwickelt.

Variable 9: Position

1. Bereich: Außenpolitik

101 Spezielle auswärtige Beziehungen - positiv -

Positive Stellungnahmen gegenüber der DDR und zur Deutschlandpolitik; positive Stellungnahmen gegenüber allen Ländern, die am 2. Weltkrieg beteiligt oder vom Nazi-Regime betroffen waren; Notwendigkeit der Zusammenarbeit und/oder Hilfe für diese Länder.

102 Spezielle auswärtige Beziehungen - negativ -

Kritik an der DDR, kritische Stellungnahmen gegenüber dem politischen System der Ostblockstaaten, negative Bewertung der Politik Israels.

103 Antiimperialismus

Positive Erwähnung von Dekolonisation, Befreiung kommunistischer Satellitenregimes; für größere Unabhängigkeit und Selbständigkeit von Kolonien und Staaten, die von Großmächten abhängig sind.

104 Militär - positiv -

Notwendigkeit den Verteidigungshaushalt aufrechtzuerhalten oder zu stärken; Notwendigkeit der Wiederaufrüstung und Selbstverteidigung; Einhaltung militärischer Bündnisverpflichtungen, USA als Garant der Sicherheit.

105 Militär - negativ -

Abrüstung, Reduktion des Verteidigungshaushalts; positive Stellungnahmen zum Ersatzdienst.

106 Frieden

Frieden als generelles Ziel, Glauben an den Frieden und friedliche Mittel zur Krisenbewältigung, Notwendigkeit von Verhandlungen mit feindlichen Mächten.

107 Internationalismus - positiv -

Notwendigkeit internationaler Kooperation, Unterstützung der UNO und anderer internationaler Organisationen; Unterstützung supranationaler Ziele; Unterstützung eines Weltstaates; Entwicklungshilfe; Zusammenarbeit mit allen Ländern der Welt (außer: 101 spezielle Beziehungen).

108 Europäische Gemeinschaft - positiv -

Positive Erwähnungen der europäischen Gemeinschaft, Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit auf allen Gebieten, Ausdehnung der EG auf andere Länder.

109 Internationalismus - negativ -

Positive Erwähnung nationaler Unabhängigkeit und Souveränität, Vertretung des Eigeninteresses.

110 Europäische Gemeinschaft - negativ -

Abwertende Beurteilungen der EG; gegen Ausdehnung der EG auf andere Staaten.

2. Bereich Freiheit und Demokratie**201 Freiheit und Menschenrechte**

Positive Erwähnung der persönlichen Freiheit, der Bürgerrechte, Freiheit von bürokratischer Bevormundung, Redefreiheit, Freiheit vom Zwang im wirtschaftlichen und politischen Bereich, Individualismus, Datenschutz.

202 Demokratie

Positive Erwähnung von Demokratie als Ziel oder Methode in nationalen und internationalen Organisationen; Befürwortung von Mitbestimmung in allen Bereichen; Beteiligung der Bürger an politische Entscheidungen, allgemeine Unterstützung demokratischer Symbole.

203 Konstitutionalismus - positiv -

Unterstützung spezieller Aspekte der Verfassung; Verfassungsmäßigkeit als Argument für oder gegen bestimmte Politiken; Verfassungstreue.

204 Konstitutionalismus - negativ -

Opposition gegenüber der Verfassung oder spezieller Aspekte der Verfassung.

3. Bereich: Politisches System

301 Dezentralisation - positiv -

Unterstützung des Föderalismus; Befürwortung regionaler politischer und wirtschaftlicher Eigenverantwortlichkeit; Bewahrung lokaler und regionaler Bräuche und Symbole; lokale Autonomie bei Entscheidungsprozessen; Selbstverwaltung der Gemeinden.

302 Dezentralisation - negativ -

negative Stellungnahmen zu eigenständigen Entscheidungen auf unteren politischen Ebenen; für mehr Zentralisation; Ausbau von Bundeszuständigkeiten.

303 Leistungsfähigkeit der Regierung

Notwendigkeit einer effizienten und leistungsfähigen Regierung; Beschränkung der Bürokratie; Verbesserung von Verwaltungsverfahren auf allen Gebieten.

304 Politische Korruption

Kampf gegen Korruption im politischen und gesellschaftlichen Leben; Kampf gegen Eigennutz von Regierungen, Parteien und Politikern.

305 Politische Autorität

Positive Stellungnahmen zur Stabilität und Stärke von Regierungen; Regierungskompetenz der eigenen Partei; Unfähigkeit anderer Parteien zu regieren.

Bereich 4: Wirtschaft

401 Freies Unternehmertum

Positive Stellungnahmen zum freien Unternehmertum, Überlegenheit der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise und des freien Unternehmertums gegenüber allen staatlichen Eingriffen; positive Erwähnung des Privateigentums.

402 Anreize für unternehmerische Tätigkeiten

Notwendigkeit finanzieller oder anderer Anreize; Notwendigkeit einer Lohn- und Steuerpolitik, die die Unternehmen stärkt oder zum Beginn unternehmerischer Tätigkeit ermutigt.

403 Geregelter Kapitalismus

Soziale Marktwirtschaft; Regelungen gegen Monopole; Stärkung des Wettbewerbs; Verbraucherschutz und Schutz der kleinen Geschäftsleute; positive Erwähnung der

Notwendigkeit aller Regelungen, die dazu dienen sollen, das Funktionieren der Marktwirtschaft zu verbessern.

404 Wirtschaftliche Planung

Positive Erwähnung von langfristigen ökonomischen Plänen konsultativer oder indikativer Natur (Rahmenpläne); Notwendigkeit für Regierungen, derartige Pläne aufzustellen.

405 Korporatismus

Positive Erwähnung der Zusammenarbeit von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Regierung; institutionalisierte Partizipation der Interessengruppen an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen.

406 Protektionismus - positiv -

Positive Erwähnung der Erhöhung oder Beibehaltung von Zöllen, um den Binnenmarkt zu schützen.

407 Protektionismus - negativ -

Unterstützung des freien, uneingeschränkten Handels.

408 Wirtschaftliche Ziele

Allgemeine wirtschaftsbezogene Zielvorstellungen und Absichtserklärungen; Weltwirtschaft.

409 Keynesianische Nachfragerregelungen

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik; Stärkung privater Nachfrage durch Erhöhung öffentlicher Ausgaben oder Erhöhung von Sozialausgaben.

410 Produktivität

Pro Wirtschaftswachstum; Notwendigkeit von Maßnahmen, die die Produktivität erhöhen.

411 Technologie und Infrastruktur

Pro Modernisierung der Wirtschaft; Modernisierung der Wirtschaft auf allen Gebieten; Bedeutung von wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen für die Industrie; staatliche Forschungsförderung; Notwendigkeit der Ausbildung von Arbeitskräften; berufliche Bildung und Fortbildung; Infrastruktur (Energie, Verkehrswege) für die Wirtschaft.

412 Zentrale Planwirtschaft

Notwendigkeit direkter wirtschaftlicher Kontrollen durch die Regierung; Kontrolle von Löhnen, Preisen, Mieten.

413 Verstaatlichung

Vollständiger oder teilweiser Besitz der Produktionsmittel durch den Staat einschließlich des Besitzes von Grund und Boden.

414 Ökonomischer Konservatismus

Traditionelle wirtschaftliche Vorstellungen wie ausgeglichener Staatshaushalt, Einschränkung der Ausgaben, niedriger Grad an Besteuerung, Sparsamkeit; Unterstützung traditioneller wirtschaftlicher Einrichtungen wie Börse und Bankensystem.

5. Bereich: Wohlfahrtsstaat und Lebensqualität**501 Umweltschutz**

Landschaftsschutz, Schutz des Waldes, des Wassers u. a., Schutz der natürlichen Reichtümer eines Landes vor selbstsüchtiger Ausbeutung.

502 Kultur

Notwendigkeit alle Arten von Kultur- und Freizeiteinrichtungen, wie Museen, Galerien und Sporteinrichtungen zur Verfügung zu stellen; positive Erwähnung von Kunst, Sport und Freizeit; Förderung sinnvoller Freizeitaktivitäten und sinnvoller, kultureller Massenmedienprodukte.

503 Soziale Gerechtigkeit

Grundsatz der gerechten Behandlung aller Menschen einschließlich Steuergerechtigkeit; Chancengleichheit; Schutz vor Ausbeutung; Umverteilung von Ressourcen und Beseitigung von Klassenschranken; gegen Diskriminierung.

504 Soziale Dienste - pro Expansion -

Positive Stellungnahmen gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen; Ausdehnung oder Erhaltung sozialer Dienste wie Gesundheitssystem, sozialer Wohnungsbau, Kindergeld (außer Bildungssystem).

505 Soziale Dienste - anti Expansion -

Beschränkung von Sozialausgaben; Kostendämpfung.

506 Bildungssystem - pro Expansion

Notwendigkeit, die Bildung auf allen Ebenen auszudehnen oder zu verbessern (Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung, außer: beruflicher Bildung).

507 Bildungssystem - anti Expansion -

Reduktion von Bildungsausgaben.

6. Bereich: Gesellschaft**601 Nationale Lebensweise - positiv -**

Patriotismus; Maßnahmen gegen Überfremdung; Beschränkung von Freiheitsrechten, um die nationale Kultur, ihre Tradition und Institutionen zu schützen.

602 Nationale Lebensweise - negativ -

Gegen Patriotismus; gegen Beschränkung von Freiheitsrechten, um die nationale Kultur zu schützen.

603 Traditionale Moral - positiv -

Positive Erwähnung traditioneller moralischer Werte; Stärkung der Familie; Schutz der Kirchen; Unterdrückung unmoralischer Verhaltensweisen.

604 Traditionale Moral - negativ -

Opposition gegenüber traditionellen moralischen Werten; Unterstützung von Scheidung, Abtreibung.

605 Ruhe und Ordnung

Kampf gegen Verbrechen aller Art; Unterstützung und Ausweitung der Mittel für die Polizei; härtere Gerichtsurteile; Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit

606 Soziale Harmonie

Für Solidarität, Notwendigkeit einer geeinten Nation; verantwortliches, auf das Gemeinwohl bezogenes Denken; Anprangerung anti-sozialer Haltungen.

607 Multikulturalismus

Bewahrung der Autonomie religiöser, ethnischer oder sprachlicher Kulturgemeinschaften im Staat.

608 Kulturelle Integration

Für eine erzwungene kulturelle Integration.

7. Bereich: Soziale Gruppen**701 Arbeitnehmer - positiv**

Positive Stellungnahmen gegenüber Arbeitern, Arbeitnehmern und Arbeitslosen; Unterstützung der Gewerkschaften; Tarifautonomie.

702 Arbeitnehmer - negativ

Machtmißbrauch der Gewerkschaften.

703 Landwirtschaft und Landwirte

Positive Stellungnahmen gegenüber der Landwirtschaft und Landwirten; Programme für die Landwirtschaft.

704 Mittelstand

Positive Stellungnahmen gegenüber neuem Mittelstand und Freiberuflern wie Rechtsanwälten und Ärzten.

705 Unterprivilegierte Minoritäten

Positive Stellungnahmen und Unterstützung von Minoritäten wie Homosexuelle und Asylanten.

706 Nicht-wirtschaftlich definierte Gruppen

Positive Stellungnahmen und Unterstützung von gesellschaftlichen Gruppen wie Frauen, Alte und Jugendliche.

000 Leere Kodiereinheiten**2.3.4 Handlungsaspekt**

Die Variablen 10 bis 14 erfassen den Handlungsaspekt von programmatischen Dokumenten. Damit wird einerseits der Grad der Konkretheit von Programmen beschrieben, andererseits sollen diese Variablen vor allem eine Analyse der Übereinstimmung von Wahlversprechen mit den tatsächlichen Aktionen der Regierungsparteien ermöglichen.

Die Codierungen der Variablen 10 bis 14 basieren einerseits auf Auswertungen der in den standardisierten Texten identifizierten **Handlungsabsichten**. Andererseits werden hier auch alle Positionen klassifiziert, die einen **Handlungsbedarf** wiedergeben. Die Unterscheidung zwischen Handlungsabsicht (wir werden dieses tun) und Handlungsbedarf (es muß jenes getan werden) beruht auf der Annahme, daß die Wahrscheinlichkeit einer Aktion seitens der Regierungsparteien im Fall einer expliziten Ankündigung von Maßnahmen größer ist als wenn lediglich die Notwendigkeit von Maßnahmen konstatiert wird. Auf der anderen Seite ist eine Auswertung des Handlungsbedarfs notwendig, da die Möglichkeit besteht, daß die passive Wortwahl entweder eine reine Stilfrage ist oder insbesondere von (ehemaligen) Oppositionsparteien aufgrund geringer Durchsetzungschancen gewählt wird.

2.3.4.a Akteur

In einem ersten Schritt wird festgehalten, wer im Hinblick auf das benannte Problem handeln will. In der Regel ist der Akteur identisch mit dem Autor des entsprechenden Programms. Unterschiede finden sich lediglich in der Wortwahl (z. B. die CDU, die CDU/CSU, unsere Partei, unsere Fraktion, die Regierungsparteien, die Koalition wird dieses oder jenes tun). Andere politische Akteure werden in der Form von Appellen aufgefordert zu handeln (vgl. Variable 24).

Die numerische Klassifizierung eines Akteurs erfolgt dann - und nur dann -, wenn der Akteur eine vage oder spezifische Handlungsabsicht ausspricht. Da der Akteur in nahezu allen Fällen mit dem Autor des Dokumentes übereinstimmt, wird diese Variable nur dann verschlüsselt, wenn im standardisierten Text der Code 3 für eine Handlungsabsicht vergeben wird.

Variable 10: Akteur

01	SPD
02	CDU
03	FDP
04	CSU
05	Die Grünen (1983-1987)
06	CDU/CSU
10	CDU/CSU-FDP-Koalition
11	SPD-FDP-Koalition
12	CDU/CSU-SPD-Koalition

- 13 CDU/CSU-FDP-DP-Koalition (1949)
- 14 CDU/CSU-FDP-DP-GB/BHE-Koalition (1953)
- 15 CDU/CSU-DP-Koalition (1957)
- 20 DP
- 21 Zentrum
- 22 GB/BHE
- 23 SSW
- 24 DKP/DRP
- 25 WAV
- 26 KPD
- 27 BP
- 28 PDS (seit BTW 1990)
- 29 Grüne/Bündnis '90 (BTW 1990)
- 30 Bündnis '90/ Die Grünen (seit BTW 1994)

Volkskammerwahl der DDR 1990:

- 51 SPD
- 52 CDU
- 53 FDP
- 54 LDP
- 55 DFP
- 56 DSU
- 57 Grüne-UFV
- 58 DBD
- 59 DA
- 60 PDS
- 61 Bündnis 90
- 62 NDPD
- 63 AVL
- 64 DFD
- 70 Regierungserklärung de Maiziere

2.3.4.b Spezifität der Handlung

Die Variable 11 erfasst den Grad der Spezifität von Handlungsabsichten und Handlungsnotwendigkeiten. Die Auswertung dieser Variablen erlaubt einerseits Aussagen über den Grad der Konkretetheit handlungsorientierter Aussagen. Andererseits können mit

Hilfe dieser Variablen alle Textstellen identifiziert werden, die aufgrund ihrer hohen Spezifität einer Outputanalyse unterzogen werden können.

Variable 11: Grad der Spezifität von Handlungsabsichten und Handlungsnotwendigkeiten

- | | |
|---|---|
| 0 | keine Handlungsabsicht, kein Handlungsbedarf |
| 1 | allgemeine Handlungsabsicht, allgemeiner Handlungsbedarf |
| 2 | Handlungsabsicht oder Handlungsbedarf mit erkennbaren Maßnahmen |
| 3 | spezifische Handlungsabsicht, spezifischer Handlungsbedarf |

Der Code 1 wird dann verschlüsselt, wenn

- die Art der Handlung sehr umfassend formuliert ist (z. B. den Frieden fördern);
- eine Veränderungsnotwendigkeit benannt wird, ohne daß erkennbar ist, wie diese Veränderung in Angriff genommen werden soll (z. B. die Gleichberechtigung von Mann und Frau muß verwirklicht werden);
- sich die Probleme nicht auf konkrete Situationen beziehen, sondern auf Bewusstseinsveränderungen (z. B. Stärkung der Bildungsbereitschaft).

Code 2 wird dann verschlüsselt, wenn

- erkennbar ist, wie ein dargestelltes Defizit behoben werden soll (z. B. durch, mit Hilfe von...);
- wenn Maßnahmen in einem eingegrenzten Bereich angekündigt oder für notwendig erachtet werden (z. B. mehr Kinderspielplätze).

Der Code 3 wird dann vergeben, wenn

- unmittelbar nachprüfbar, quantifizierbare Maßnahmen benannt sind (z. B. Gesetze, Steuern, Berichte, Programme);
- ein Problem durch aufeinander abgestimmte, detaillierte Bündel von Maßnahmen gelöst werden soll (z. B. Sicherung der Energieversorgung durch sparsamen Energieverbrauch, Nutzung heimischer Kohle, Entwicklung neuer Energiequellen; oder Investitionsförderung durch steuerliche Hilfen, stabilitätsgerechte Lohnabschlüsse, vermögensbildende Maßnahmen).

2.3.4.c Art und Weise der Handlung

Drei weitere Variablen zum Handlungsaspekt beschreiben die Art der Durchführung einer Handlungsabsicht oder eines Handlungsbedarfs.

Variable 12: Veränderung/Kontrolle/Stabilisierung

- | | |
|---|---|
| 0 | keine Handlungsabsicht, kein Handlungsbedarf, keine erkennbare Richtung der Maßnahme |
| 1 | Veränderung |
| 2 | Kontrolle |
| 3 | Stabilisierung, Aufrechterhaltung des Status Quo, Abwehr von Handlungsabsichten anderer |

Die Variable 12 erfaßt die **Richtung** von Handlungsabsichten und Handlungsnotwendigkeiten mit den Polen des „Progressiven“ und des „Konservativen“.

Der Code 3 „Konservativ“ wird immer dann vergeben, wenn der Status Quo beibehalten und das Bestehende verteidigt werden soll (z. B. wir werden uns für die Aufrechterhaltung von „xy“ einsetzen) oder Maßnahmen abgewehrt werden sollen, die den Status Quo ändern (z. B. wir wenden uns gegen den Sozialabbau, wir lehnen die Maßnahmen „xy“ ab).

Code 1 „Progressiv“ wird vergeben, wenn der Status Quo geändert und Innovationen eingeführt werden sollen. idealtypische Formulierungen sind hier „verbessern“, „ausweiten“ oder „ausdehnen“.

Einen Bereich zwischen diesen beiden Polen des Progressiven und des Konservativen erfaßt der Code 2. Dieser Code wird dann benutzt, wenn bestehende Gesetze, Verordnungen oder Abkommen durchgesetzt werden sollen (z. B. Umweltschutz durch Anwendung bestehender Gesetze, Einhaltung des 4-Mächte-Abkommens).

Der Code 0 wird verschlüsselt, wenn entweder kein Handlungsbedarf und keine Handlungsabsicht genannt ist oder aber weder eine progressive, konservative noch eine kontrollierende Ausrichtung der Maßnahmen erkennbar ist.

2.3.4.d Intensität der Handlung

Die Variable 13 erfaßt die Intensität von Handlungsabsichten und Handlungsbedarf. Die Intensität von Handlungsabsichten oder Handlungsnotwendigkeiten wird identifiziert anhand von Adjektiven oder Adverbien, die die Dringlichkeit einer Einflußnahme

nachdrücklich betonen, oder durch Verben, die den Nachdruck widerspiegeln (z. B. dafür kämpfen, entschieden dafür einsetzen, entschlossen verfolgen, es ist dringend geboten). Die Unterscheidung von einfachen und intensiven Handlungsabsichten basiert auf der These, daß Wahlversprechen eher verwirklicht werden, wenn sie mit Nachdruck geäußert werden.

Variable 13: Intensität

- 0 keine Handlungsabsicht oder Handlungsnotwendigkeit
- 1 einfache Handlungsabsicht oder Notwendigkeit
- 2 intensive Handlungsabsicht oder Notwendigkeit

2.3.4.e Instrumente der Einflußnahme

Die Variable 14 kennzeichnet die Instrumente, mit denen eine Handlung vollzogen werden soll.

Die Variable der Instrumente erfaßt die Methoden von Einflußnahmen. Wird in einer Handlungsabsicht oder Handlungsnotwendigkeit ein Handlungsinstrument benannt, dann wird der entsprechende Code notiert.

Die Klassifizierung von Instrumenten der Einflußnahme führt wiederum auf eine Überprüfung von Wahlversprechen hin.

Variable 14: Instrumente der Einflußnahme

- 00 keine Handlung und kein Instrument
- 01 Gesetze
- 02 Gesetzesnovellen
(Anpassung, Verschärfung, Aufhebung, auch: Amnestie)
- 03 Verordnungen
- 06 Anwendung bestehender Gesetze und Verordnungen
- 13 Steuern und Abgaben
(Gestaltung, Entlastung, Belastung)
- 16 Haushaltsmaßnahmen
(Umschichtungen, Bereitstellung von Mitteln)
- 17 öffentliche Investitionen
(insbes. Infrastrukturinvestitionen)
- 18 Sozialleistungen
- 19 Subventionen, Kredite

- (auch: Kürzung bestehender Finanzhilfen)
- 20 Programme
(5-Jahresplan, Bildungsgesamtplan, -reform; Sport-, Alten-, Aktionsprogramme)
 - 21 wissenschaftliche Information und Beratung
 - 22 Kommissionen
 - 23 Untersuchungsausschüsse
 - 24 Hearings
 - 25 Forschungsaufträge
 - 26 Gutachten, Berichte
 - 27 Stiftungen
 - 28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen
(Neubildung, Auflösung, Festlegung von Zuständigkeiten)
 - 29 Öffentlichkeitsarbeit, Information der Bevölkerung
 - 31 Modellprojekte
 - 32 Statistiken
 - 33 Gespräche, Verhandlungen, Absprachen, Zusammenarbeit
(mit bestimmten Gruppen oder Organisationen)
 - 42 Verfahrensregelungen
 - 50 Beitritt, Ausbau von internationalen Organisationen
 - 51 internationale Abkommen, Verträge
(auch: deren Anwendung)
 - 52 internationale Verhandlungen, Konferenzen und Zusammenarbeit
 - 98 mehrere Instrumente
 - 99 Sonstige Instrumente

2.3.5 Gesellschaftliche Gruppen

Die Variable 15 erfaßt die gesellschaftlichen Gruppen, für die gehandelt werden soll. Die Variable kann als Klientelpolitik im Sinne der Nutznießung bestimmter Maßnahmen interpretiert werden. Gesellschaftliche Gruppen werden dann als Klientel klassifiziert, wenn ihnen Vergünstigungen materieller Art (z. B. Erhöhung der Renten) oder symbolischer Art (Solidarität mit der Frauenbewegung) in Aussicht gestellt werden.

Während Variable 15 diejenigen Gruppen erfaßt, die von den Handlungsabsichten oder Handlungsnotwendigkeiten profitieren, benennt Variable 16 diejenigen Gruppen, die die

beabsichtigten Maßnahmen materiell oder symbolisch bezahlen sollen (z. B. alle Arbeitnehmer müssen den Gürtel enger schnallen).

Variablen 15 und 16 haben identische Ausprägungen. Wird in einem Standardsatz mehr als eine Gruppe benannt, dann wird der Code für diejenige Gruppe gewählt, die im Vordergrund steht (z. B. insbesondere kinderreiche Familien).

Variable 15 und 16: Gesellschaftliche Gruppen

- 01 Arbeitnehmer
- 02 Arbeiter
- 03 Facharbeiter
- 04 Angestellte
- 05 Manager/leitende Angestellte
- 06 Beamte
- 07 Angestellte im öffentlichen Dienst
- 08 Arbeiter im öffentlichen Dienst
- 09 Arbeitslose
- 10 Ältere Arbeitnehmer
- 11 Betriebs- und Personalräte
- 12 Groß-, Besserverdienende, Privilegierte
- 15 Arbeitgeber
- 16 Selbständige
- 17 Unternehmer
- 18 Landwirte
- 19 Mittelstand
- 20 Wirtschaft
- 21 Mittelständische Unternehmen
- 22 Großkonzerne/Großunternehmen
- 23 Handel
- 24 Handwerk
- 25 Banken
- 26 Betriebe, Firmen
- 27 Landwirtschaft
- 30 Verbraucher
- 31 Mieter
- 35 Steuerzahler
- 36 Sparer
- 41 Schüler

- 42 Studenten
- 43 Pädagogen (Erzieher, Lehrer)
- 44 Auszubildende
- 46 Künstler, Intellektuelle, Kritiker
- 48 wissenschaftlicher Nachwuchs
- 49 Wissenschaftler
- 50 Familien
- 51 Lebens- und Wohngemeinschaften
- 52 Eltern
- 53 Alleinerziehende
- 54 Mütter
- 55 Kinder
- 56 Arbeiterkinder
- 57 Kinderreiche Familien
- 58 Jugendliche/die Jugend
- 59 Frauen
- 60 Alte Menschen
- 61 Rentner
- 62 Heimbewohner
- 63 Patienten
- 64 Behinderte
- 65 Psychisch Kranke
- 66 Suchtkranke
- 67 Opfer von Straftaten
- 68 Opfer von Unfällen
- 69 Ärzte
- 70 Minderheiten
- 71 Ausländer
- 72 Flüchtlinge
- 73 Asylanten
- 74 Vertriebene/Kriegsopfer
- 75 Sozial Schwache
- 76 Straffällige
- 80 Kriegsdienstverweigerer
- 81 Militärpersonen
- 90 Volk/Bürger/Bevölkerung/Öffentlichkeit
- 91 gesellschaftliche Schichten ohne konkrete Nennung

- 92 alle gesellschaftlichen Kräfte
- 93 mehrere Gruppen
- 95 Menschheit, Weltbevölkerung
- 99 Sonstige

2.3.6 Institutionen, Organisationen, Regionen und Staaten

Die Variablen 17 bis 21 kennzeichnen alle nationalen und internationalen Institutionen, Organisationen, Regionen und Staaten, die im Zusammenhang mit dem artikulierten Problem benannt werden.

Variable 17: Involvierte Institutionen

- 00 keine Institutionen
- 01 Bundesregierung
- 02 Ministerien
- 03 Bundestag
- 04 Koalitionspartner
- 05 Opposition
- 06 Ausschüsse, Kommissionen
- 07 Bundesregierung und Bundestag
- 08 Bundestag und Bundestag
- 10 Öffentliche Hand
- 11 Staat
- 20 Bundesrat
- 21 Länderregierungen
- 22 Bundesländer (einzelne/alle)
- 30 Kommunen
- 31 Bund, Länder und Gemeinden
- 32 Länder und Gemeinden
- 33 Bund und Länder
- 34 Bund
- 40 Bürokratie/Verwaltung
- 41 Behörden
- 42 Kartellämter
- 50 Organe der inneren Sicherheit (BKA/Polizei/BND)
- 60 Bundeswehr

- 70 Gerichte
- 71 Bundesverfassungsgericht
- 80 Auslandsvertretungen, diplomatische Dienste
- 90 Institutionen 1945 - 1949 (Wirtschaftsrat, Militärregierungen)
- 93 Alliierte Schutzmächte
- 94 Hohe Kommission
- 98 mehrere Nennungen
- 99 Sonstige

Variable 18: Involvierte nationale Organisationen

- 00 keine Organisation
- 01 Bundesunternehmen
- 02 Bundesbank
- 03 Bundesbahn
- 04 Bundespost
- 05 Bundesanstalt für Arbeit
- 06 Arbeitsamt
- 10 Parteien
- 11 rechtsextreme Parteien und Gruppierungen
- 12 linksextreme Parteien und Regierungen
- 14 Vereine, Verbände
- 15 Selbsthilfeorganisationen
- 16 Interessenverbände allgemein
- 17 Bürgerinitiativen
- 20 Wirtschaftsverbände
- 21 Genossenschaften
- 22 Gewerkschaften
- 23 Tarifpartner
- 24 Kammern
- 25 konzertierte Aktion
- 30 Heime
- 31 soziale Einrichtungen
- 35 Krankenhäuser
- 36 Wohlfahrtsverbände, freie Träger
- 40 Sozialversicherungen allgemein
- 41 Krankenversicherungen
- 42 Rentenversicherungen

- 43 Arbeitslosenversicherungen
- 44 Unfallversicherungen
- 50 Schulen
- 51 Hochschulen
- 55 Institute/Stiftungen, Kultureinrichtungen (Museen)
- 56 Forschungsgesellschaften (DFG, Max-Planck)
- 60 Kirchen
- 70 Medien
- 75 Sportorganisationen
- 98 mehrere Nennungen
- 99 Sonstige

Variable 19: Involvierte Regionen

- 00 keine Region
- 01 Berlin
- 02 Saargebiet
- 03 Zonenrandgebiet
- 04 Bonn
- 05 Südschleswig
- 06 Bayern
- 07 Westzone (Bi-, Trizone)
- 09 Ostzone
- 09 Ruhrgebiet
- 10 strukturschwache Gebiete
- 11 landwirtschaftliche Gebiete, ländlicher Raum
- 12 Ballungsräume
- 13 Städte
- 14 Städte und Dörfer
- 15 lokaler, regionaler Bereich
- 16 Krisengebiete
- 17 Dörfer
- 20 Europa
- 21 Benelux
- 22 Südeuropa
- 23 Mittelmeerraum
- 24 Skandinavien
- 30 Osteuropa/sozialistische Staaten/Oststaaten

- 31 Ostgebiete, ehemalige deutsche
- 32 Mitteleuropa
- 35 Westliche Welt
- 37 Osten und Westen
- 40 naher und mittlerer Osten
- 50 Asien
- 60 Afrika
- 70 Lateinamerika
- 71 Mittelamerika
- 80 Entwicklungsländer
- 81 OPEC-Staaten
- 82 Blockfreie Länder
- 84 Industrieländer
- 85 Entwicklungs- und Industrieländer
- 98 mehrere Nennungen
- 99 Sonstige

Variable 20: Involvierte Internationale Organisationen

- 00 keine internationalen Organisationen
- 01 Comecon (RGW)
- 02 EG / EWG und Mitgliedsstaaten
- 03 EG-Parlament
- 04 Europarat
- 05 Europäischer Ministerrat
- 06 Europäische militärische Zusammenschlüsse (WEU, EVG)
- 07 Europäische wirtschaftliche Zusammenschlüsse (Montanunion, Wirtschaftsrat)
- 09 Sonstige europäische Zusammenschlüsse und Institutionen
- 10 NATO
- 11 Warschauer Pakt
- 12 NATO und Warschauer Pakt
- 13 Europäische NATO-Partner
- 20 Internationale Organisationen allgemein
- 21 UNO
- 22 OECD
- 23 OPEC
- 98 mehrere Nennungen
- 99 Sonstige

Variable 21: Involvierte Staaten

ABC 01 - 10	01 Afghanistan
	08 China
	09 CSSR
DEF 11 - 20	11 BRD
	12 DDR
	13 Deutschland (gesamt, beide deutsche Staaten)
GHIJ 21 - 30	22 Griechenland
	23 Griechenland, Spanien, Portugal
	24 Großbritannien
	25 Indien
	26 Japan
	27 Italien
	28 Iran
	29 Israel
	30 Jugoslawien
KLM 31 - 45	31 Kambodscha
	32 Korea
NOP 46 - 55	46 Namibia
	47 Niederlande
	50 Pakistan
	54 Polen
	55 Portugal
QRS 56 - 65	61 Spanien
	62 Südafrika
TUV 66 - 80	70 Türkei
	75 UDSSR
	76 USA
	77 USA und UDSSR
	78 Ungarn
	80 Vietnam
WXYZ 81-95	

2.3.7 Appell

Die Variable 22 spezifiziert, an welchen nationalen oder internationalen Akteur sich ein Appell richtet. Damit gibt die Variable Aufschluß darüber, wer verantwortlich gemacht wird für die Lösung eines Problems.

2.3.8 Kritik

Die Variable 23 erfaßt, an welchem nationalen oder internationalen Akteur Kritik geübt wird. Hier steht vor allem die Frage im Vordergrund, inwieweit sich politische Akteure mit den Positionen ihrer Gegenparteien auseinandersetzen.

Die Variablen 22 und 23 haben identische Ausprägungen.

Variablen 22 und 23: Appell und Kritik

- 00 kein Appell oder keine Kritik
- 01 SPD
- 02 CDU
- 03 FDP
- 04 CSU
- 05 Grüne
- 06 CDU/CSU
- 07 SPD und Grüne
- 10 CDU/CSU-FDP-Koalition
- 11 SPD-FDP-Koalition
- 12 CDU/CSU-SPD-Koalition
- 13 CDU/CSU-FDP-DP-Koalition (1949)
- 14 CDU/CSU-FDP-DP-GB/BHE-Koalition (1953)
- 15 CDU/CSU-DP-Koalition (1957)
- 16 Politiker (einzelne, alle)
- 20 Regierung
- 21 Opposition
- 22 Bundestag
- 23 Parlamentarier
- 24 Ministerien, Minister
- 25 Deutsche Politik, BRD

- 26 Parteien
- 27 Bundestag und Bundesrat
- 30 Bundesrat
- 31 Länderregierungen
- 32 Länderparlamente
- 33 Länder
- 34 Bund
- 35 Kommunen
- 36 Bund und Gemeinden
- 37 Länder und Gemeinden
- 38 Bund und Länder
- 39 Bund, Länder und Gemeinden
- 40 Bürokratie/Verwaltung
- 41 Öffentliche Hand
- 43 Organe der Inneren Sicherheit (Polizei, BKA, BND)
- 45 Bundesbahn
- 46 Bundesbank
- 47 Bundespost
- 48 Bundesanstalt für Arbeit
- 49 Kartellamt
- 50 Wirtschaft
- 51 (Groß-)Unternehmen / Monopole / Konzerne
- 52 Banken
- 53 Sparer
- 54 Groß-, Besserverdienende, Privilegierte
- 55 Tarifpartner
- 56 Gewerkschaften
- 57 Arbeitgeber
- 58 Arbeitnehmer
- 59 Landwirtschaft
- 60 Verbände
- 61 Interessenorganisationen
- 62 Einrichtungen des Gesundheitswesens
- 63 Soziale Organisationen
- 66 Bildungseinrichtungen
- 67 Wissenschaft
- 68 Kirchen

- 69 Medien
- 70 EG / Mitgliedsstaaten der EG
- 71 EG-Institutionen
- 74 UNO
- 75 NATO
- 76 Europäische Partner der Nato
- 77 Alliierte (3- oder 4 Mächte)
- 79 Internationale Zusammenschlüsse und Organisationen
- 80 Westliche Welt, kapitalistische Staaten
- 81 USA
- 82 USA und UDSSR
- 85 UDSSR
- 86 DDR
- 88 alle Staaten
- 89 andere Staaten
- 90 alle Bürger
- 91 die Gesellschaft
- 92 alle gesellschaftlichen Kräfte
- 93 der Staat
- 98 Appell/Kritik ohne Adressat
- 99 Sonstige

3. Variablenübersicht

DOKUMENT

- 1 Wahlprogramm
- 2 Regierungserklärung

AUTOR

- 01 SPD
- 02 CDU
- 03 FDP
- 04 CSU
- 05 Die Grünen (1983-1987)
- 06 CDU/CSU

- 10 CDU/CSU-FDP-Koalition
- 11 SPD-FDP-Koalition
- 12 CDU/CSU-SPD-Koalition
- 13 CDU/CSU-FDP-DP-Koalition (1949)
- 14 CDU/CSU-FDP-DP-GB/BHE-Koalition (1953)
- 15 CDU/CSU-DP-Koalition (1957)
- 20 DP
- 21 Zentrum
- 22 GB/BHE
- 23 SSW
- 24 DKP/DRP
- 25 WAV
- 26 KPD
- 27 BP
- 28 PDS (seit BTW 1990)
- 29 Grüne/Bündnis '90 (BTW 1990)
- 30 Bündnis '90/Die Grünen (seit BTW 1994)

Volkskammerwahl der DDR 1990:

- 51 SPD
- 52 CDU
- 53 FDP
- 54 LDP
- 55 DFP
- 56 DSU
- 57 Grüne-UFV
- 58 DBD
- 59 DA
- 60 PDS
- 61 Bündnis 90
- 62 NDPD
- 63 AVL
- 64 DFD
- 70 Regierungserklärung de Maiziere

JAHR

1949

.

.
.

1994

NUMMER

001

.
.
.

999

SEITE

0001

.
.
.

9999

FELD

AUßENPOLITIK

010 Außenpolitik

- 01 Außenpolitik allgemein
- 02 Gesamteuropäisches Gebiet
(Blockübergreifende politische Konzepte bezüglich Europa als Ganzes)
- 03 Beziehungen BRD/andere Staaten
- 04 Militärische Konflikte in anderen Staaten
(Krisengebiete, z. B. Kuba, Naher Osten, Golfkrieg)
- 05 Politische und gesellschaftliche Probleme in anderen Staaten
(Menschenrechte, Flüchtlinge; z. B. Hunger, Apartheid)
- 06 Westintegration/Westpolitik
(Anschluß der BRD an den westlichen Staatenbund, Beziehungen BRD/USA)

- 20 Kriegsfolgen Westen
(Westgrenzen, Westgebiete, z. B. Saarland)
- 25 Deutschlandbild im Ausland
- 30 Mitarbeit in internationalen Organisationen
- 99 Sonstiges

020 Deutschlandpolitik

- 01 Deutschlandpolitik allgemein
- 02 Deutschland im Ost-West-Konflikt
- 03 Deutsche Teilung
(Zwei deutsche Staaten, Mauer)
- 04 Deutsch-deutsches Verhältnis
(Zwischenstaatliche Beziehungen beider deutschen Staaten)
- 05 Milderung der Folgen der Teilung
(Menschenrechte, menschliche Erleichterungen wie Besuchsregelungen etc.)
- 06 Verschiedene Gebiete der Zusammenarbeit
(Deutsch-deutsche Zusammenarbeit spezielle: Handel, Umweltschutz usw.)
- 10 Wiedervereinigung/Vereinigung
(auch: Recht auf Selbstbestimmung)
- 11 Nationale Zusammengehörigkeit
(Gemeinsame Kultur, gemeinsame Geschichte)
- 12 Alleinvertretungsanspruch
- 20 Politisches System der DDR
(Beurteilung der DDR, (Nicht-)Anerkennung der DDR)
- 80 Kosten der Vereinigung
- 99 Sonstiges

030 Berlinpolitik

- 01 Berlinpolitik allgemein
- 02 Berlin im Ost/West-Konflikt
- 03 Berlinstatus
(4-Mächte, Bindungen an den Bund, Freies Berlin)
- 04 Funktionsprobleme Berlins
(Lebensfähigkeit, Wirtschaftsstruktur)
- 05 Berlinförderung
(Bundesmittel für Berlin)
- 06 Hauptstadtfunktion

99 Sonstiges

040 Ostpolitik

- 01 Ostpolitik allgemein
(auch: handlungsleitende Prämissen der Ostpolitik)
- 02 Beziehungen BRD/Ostblockstaaten
- 03 Verschiedene Gebiete der Zusammenarbeit
(Handel, Kultur etc.)
- 05 Gesellschaftliche Probleme in Ostblockstaaten
(Menschenrechte, Politik für menschliche Erleichterungen)
- 06 Politische Probleme in Ostblockstaaten
(z. B. Demokratiedefizit, Polen)
- 07 Ost/West-Konflikt, Verhältnis USA/UdSSR
- 08 Politisches System der Ostblockstaaten
(Beurteilung kommunistischer Staaten)
- 20 Kriegsfolgen Osten
(Grenzverlauf: Oder-Neiße-Linie, Gebietsverluste)
- 21 Deutsche in/aus Ostgebieten
(Flüchtlinge, Aussiedler, deutsche Volksgruppe in der Sowjetunion)
- 30 Reformpolitik in Osteuropa
- 99 Sonstiges

050 EG-Politik

- 01 EG-Politik allgemein
- 02 Verschiedene Gebiete der Zusammenarbeit
(Wirtschaft, Währung, Kultur etc.)
- 03 Funktionsprobleme der EG
(Interessendivergenzen der Mitgliedstaaten)
- 04 EG-Institutionen
(Verschiedene Institutionen und ihre Zuständigkeiten, z. B. Wahlen zum Europaparlament; europäischer Personalausweis)
- 05 EG-Erweiterungen
- 10 Finanzbeziehungen zur EG
- 20 EG-Agrarpolitik
- 21 Überschußproduktion des EG-Marktes
- 50 Verschiedene europäische Zusammenschlüsse, auch Vorläuferorganisationen der EG

- 51 Europäische Integration
(v. a.: Europapolitik vor Gründung der EG, Zielvorstellungen für ein geeintes Europa)
- 99 Sonstiges

060 Entwicklungsländerpolitik

- 01 Entwicklungsländerpolitik allgemein
- 02 Nord/Süd-Konflikt
(Gegensatz arme/reiche Länder, Wohlstandsgefälle)
- 03 Beurteilung der EW-Politik anderer Staaten
- 04 Verschiedene Gebiete der Zusammenarbeit
(v. a.: Gebiete der Entwicklungshilfe wie wirtschaftliche, technologische etc.)
- 05 Entwicklungshilfe
(Höhe der Entwicklungshilfe, Anteil am Bruttosozialprodukt; auch: Strukturierung in Sach- und Geldmittel)
- 06 Probleme in Entwicklungsländern
(Menschenrechte, Hunger etc.)
- 07 Politisches System in Entwicklungsländern
(Politische Unabhängigkeit von Kolonialmächten, Blockfreiheit, Befreiungsbewegungen)
- 10 Nichtstaatliche Entwicklungshilfe
- 99 Sonstiges

VERTEIDIGUNGSPOLITIK

110 Verteidigungspolitik

- 01 Verteidigungspolitik allgemein
- 02 Kritik an UdSSR und/oder Warschauer Pakt
- 03 Bundeswehr allgemein
- 04 Bundeswehr: Wehrpflicht
- 05 Bundeswehr: Ausstattung, Struktur
(Truppenstärke, innere Führung, Waffensysteme)
- 06 Bundeswehr: Soldaten
(Soziale Situation, Ausbildung, Sold)
- 07 Kriegsdienstverweigerung
(Prüfungsverfahren, Zivildienstplätze)
- 08 Zivile Verteidigung

- 09 Verteidigungspolitik und Öffentlichkeit
- 10 Verwaltung Verteidigung
- 12 Kosten der Verteidigung
- 15 Militärische Forschung
- 16 SDI
- 20 Militärische Kriegsfolgen
- 21 Soldaten des 2. Weltkrieges
(Kriegsgefangene, auch: Ehrung der Soldaten)
- 30 Alternative Verteidigungskonzepte
(Soziale Verteidigung)
- 80 NVA
(auch: Integration in die Bundeswehr)
- 99 Sonstiges

120 Bündnispolitik

- 01 Bündnispolitik allgemein
- 02 NATO-Doppelbeschluß
(Vertragskonzept, Stationierung der Mittelstreckenraketen)
- 03 Rolle der USA im Bündnis
- 04 Ausstattung und Struktur der NATO
(Institutionen, Truppenstärke, Aufgaben, Beitrag der BRD, Strategiekonzepte)
- 05 Ausländische Streitkräfte in der BRD
(Besatzungslasten)
- 20 Neutralität
(Austritt aus der NATO, Kündigung verschiedener militärischer Abkommen)
- 99 Sonstiges

130 Friedens- und Entspannungspolitik

- 01 Friedenspolitik allgemein
(auch: ‚Kriegsgefahr‘)
- 02 Entspannungspolitik
- 03 Ost/West-Konflikt
(Wettrüsten)
- 04 Frieden in Europa
- 05 Friedensforschung, Friedenserziehung

- 06 Friedenspolitik in anderen Ländern
- 07 Abrüstung, Rüstungskontrolle allgemein
- 08 Atomwaffen
(Abrüstung speziell: SALT, Nukleartests)
- 09 Konventionelle Rüstung
(Abrüstung speziell: MBFR, Wiener Verhandlungen)
- 10 B- und C-Waffen
- 11 Rüstungsexport und Rüstungsproduktion
- 99 Sonstiges

INFRASTRUKTURPOLITIK

210 Infrastrukturpolitik allgemein

- 01 Infrastrukturpolitik allgemein
- 02 Regionalpolitik
(Unterentwickelte Regionen, Gegensatz von Stadt und Land)
- 03 Lebensqualität
- 10 Kommunale Gemeinschaftsdienste
(Öffentliche Versorgung außer: Verkehr, Energie, Gesundheit)
- 20 Wiederaufbau
- 30 Bürgerbeteiligung
(außer speziell: AKW und UWS)
- 80 Infrastruktur in den neuen Bundesländern
- 99 Sonstiges

220 Verkehrspolitik

- 01 Verkehrspolitik allgemein
- 02 Verkehrsnetz allgemein
- 03 Umweltschutz, Energieeinsparung in der Verkehrspolitik
(außer spezifische Nennungen: Boden-, Lärm-, Luft-, Gewässerschutz, siehe 240 UWS)
- 04 Öffentlicher Nahverkehr
- 05 Wirtschaftlichkeit der Verkehrsbetriebe allgemein
- 06 Verkehrssicherheit
- 07 Verkehrstechnologien
- 10 Straßennetz, Straßenbau
- 11 Straßenverkehrsunternehmen
- 20 Schienennetz

- 21 Schienenverkehrsunternehmen
- 22 Deutsche Bundesbahn
- 23 Wirtschaftslage der DB
(Defizit, Management)
- 30 Schifffahrt
- 31 Wasserstraßen, Häfen
- 40 Luftfahrt
- 41 Flugsicherung
- 42 Flughäfen
- 43 Lufthansa
- 50 Koordination verschiedener Verkehrsträger
- 80 Verkehr in den neuen Bundesländern
(Verkehrsprojekte ‚Deutsche Einheit‘)
- 99 Sonstiges

230 Energiepolitik

- 01 Energiepolitik allgemein
(Sicherung und Versorgung)
- 02 Zusammenarbeit mit anderen Staaten
- 03 Öl
- 04 Kohle
- 05 andere Energiequellen
(z. B. Gas, Fernwärme)
- 06 Energiesparen, bessere Ausnutzung vorhandener Energiequellen
- 07 alternative und umweltfreundliche Energien
(z. B. Sonne, Wind, erneuerbare Energie)
- 08 Kraftwerke (außer AKW)
- 09 Energieversorgungsunternehmen
(Elektrizitätswirtschaft, Atomwirtschaft)
- 10 Abhängigkeit der BRD in der Energieversorgung
- 20 Rohstoffversorgung
(Sicherung und Versorgung)
- 21 sorgsamer Umgang mit Rohstoffen
- 22 Rohstoffmärkte
- 30 Kernenergie allgemein
- 31 Bürgerbeteiligung AKW
- 32 internationale Zusammenarbeit AK

- 33 Genehmigungsverfahren AKW
- 34 Entsorgung, Wiederaufbereitung AKW
- 35 Technische Sicherheit, Schutz der Bevölkerung vor AKW
- 36 Gefahren der Kernenergie
(Störfälle)
- 37 Ausstieg aus der Kernenergie
- 50 Energieforschung
- 99 Sonstiges

240 Umweltpolitik

- 01 Umweltpolitik allgemein
- 02 politische Bedeutung des Umweltschutzes
(Relevanz für andere Politikbereiche)
- 03 rechtliche Verankerung
(Aufnahme ins Grundgesetz, Umweltkriminalität)
- 04 Bürgerbeteiligung
- 05 Ökonomie und Ökologie
(Widersprüche, Möglichkeiten der Vereinbarkeit, umweltfreundliche Produkte)
- 06 internationale Zusammenarbeit
- 07 Natur-, Arten- und Landschaftsschutz
(Naturschutzgebiete, Tierschutz)
- 08 Gewässerschutz
(Grundwasser, Flüsse, Meere, z. B. Rhein, Verklappung in der Nordsee)
- 09 Schutz der Wälder, Waldsterben
- 10 Abfall
- 11 Chemikalien, Schadstoffe
- 12 Lebensmittelschutz
- 13 Lärmschutz
- 14 Luftreinhaltung
(auch: Klimaveränderungen)
- 15 Ökologisches Gleichgewicht
- 18 Vorsorgeprinzip
- 19 Verursacherprinzip
- 20 Umweltforschung
- 25 Recycling
- 30 Küstenschutz

- 31 Bodenschutz
- 70 private Initiativen im Umweltschutz
- 99 Sonstiges

250 Wohnungsbau

- 01 Wohnungsbau allgemein
(auch: Wohnungswirtschaft allgemein)
- 02 Wohnungsbedarf und -versorgung
- 03 Wohnungseigentum
- 04 sozialer und öffentlich geförderter Wohnungsbau
- 05 Gestaltung der Wohnungen
(Ausstattung, Modernisierung)
- 06 Mieterschutz, Mietrecht
- 07 Wohngeld
- 08 Miethöhe
- 10 Wohnungen für bestimmte Gruppen
- 80 Enteignungen
- 81 Eigentumsverhältnisse
- 99 Sonstiges

260 Städtebau und Raumordnung

- 01 Städtebau allgemein
- 02 Infrastruktur
(z. B. Gemeinschaftshäuser)
- 03 Stadtplanung
- 05 Lebensqualität in Städten
- 06 Stadtsanierung und Stadterneuerung
- 07 Neubaugebiete
- 10 Umweltschutz in Städtebau und Raumordnung
(außer spezifische Nennung: Boden-, Lärm-, Luft-, Gewässerschutz,
siehe 240 UWS)
- 15 Spekulantentum
- 20 Raumordnung allgemein
- 21 Planung von Großanlagen
(auch: Produktionsanlagen)
- 22 Baulanderschließung
- 30 Erholungsgebiete

- 88 Siedlungspolitik
- 99 Sonstiges

270 Post- und Fernmeldewesen

- 01 Post- und Fernmeldewesen allgemein
- 02 Deutsche Bundespost
- 03 Wirtschaftslage der DP
- 20 Aufteilung der Bundespost in drei Unternehmensbereiche
- 30 Wetterdienst
- 99 Sonstiges

BILDUNGS- UND KULTURPOLITIK

310 Kulturpolitik

- 01 Kulturpolitik allgemein
- 02 Kulturförderung
(Haushaltsmittel für Kultur, Förderprogramme)
- 03 Auswärtige Kulturpolitik
- 04 Film
- 05 Theater
- 06 Musik
- 08 Spezielle Projekte
(z. B. Dt. Nationalstiftung, Deutsches Museum)
- 10 Freiheit von Kunst und Kultur
- 15 Urheberschutz
- 80 Kulturelles Schaffen
- 99 Sonstiges

320 Bildungspolitik

- 01 Bildungspolitik allgemein
- 02 Bildungschancen
- 03 Föderalismus im Bildungswesen
(Einheitlichkeit der Bildungsgänge)
- 04 Zusammenspiel beruflicher und allgemeiner Bildung
- 05 Bildungsreform
- 06 Ausbildungsförderung
(Bafög, Stipendien)
- 15 Vorschulerziehung

- 16 Zweiter Bildungsweg
- 20 Berufliche Bildung, Ausbildung allgemein
- 21 Berufliche Bildung spezieller Gruppen
- 22 Fortbildung, berufliche Weiterqualifikation
- 23 Erwachsenenbildung
(Volkshochschulen, politische Bildung)
- 24 Überbetriebliche Ausbildungsstätten
- 25 zusätzliche Ausbildungskapazitäten
- 40 Schulpolitik allgemein
- 41 Schulsystem, Schulabschlüsse
- 42 Lehrpläne, Lerninhalte
- 43 Schulprobleme spezieller Gruppen
- 44 Lehrer
(Lehrermangel, Ausbildung der Lehrer)
- 45 Lernsituation
(Klassengröße, Lernatmosphäre, Leistungsdruck)
- 50 Hochschulpolitik allgemein
- 51 Demokratie an Hochschulen und Schulen
(Selbstverwaltung der Hochschulen, Studentenausschüsse;
Schülerselbstverwaltung)
- 52 Hochschulsystem
(Zulassungsbestimmungen, Studienplatzvergabe; private Hochschulen)
- 53 Studieninhalte
(Studiengänge, Studienreform)
- 54 Forschung an Hochschulen
- 55 Bau von Bildungseinrichtungen
(Organis: 50 = Schulbau/ Organis: 51 = Hochschulbau)
- 80 Ideologiefreiheit
- 81 Demokratische Strukturen
- 99 Sonstiges

330 Forschungspolitik

- 01 Forschungspolitik allgemein
- 02 Forschungsförderung
(Haushaltsmittel, Förderprogramme)
- 03 Grundlagenforschung
- 10 Technikentwicklung allgemein

- 11 Folgen der Technikentwicklung (negative)
- 12 Positive Nutzung der Technik
- 13 EDV, elektronische Kommunikationssysteme
- 14 Gentechnologie
- 20 Weltraumforschung und -technik
- 21 Boden- und Meeresforschung
- 30 Forschungseinrichtungen (außer Hochschulen)
- 31 internationale Forschungsvorhaben
- 80 Ideologiefreiheit
- 99 Sonstiges

340 Medienpolitik

- 01 Medienpolitik allgemein
- 02 Neue Medien, Kabel
- 03 Presse
- 04 Funk und Fernsehen
- 05 Rechtsform (öffentlich-rechtlich/privat)
- 10 Meinungsfreiheit
(Meinungsvielfalt, auch: Ausgewogenheit)
- 15 Medieninhalte: allgemein und Gewalt, Krieg etc.
- 16 Medieninhalte: speziell Pornographie und Sexismus
- 80 Rechte und Maßnahmen zur Gewährleistung freier Berichterstattung
- 81 gesellschaftliche Rolle der Medien
- 82 Medienmonopole
- 99 Sonstiges

350 Sport und Freizeit

- 01 Sport
- 02 Freizeitangebote
- 03 Tourismus, Fremdenverkehr
- 99 Sonstiges

RECHTSPOLITIK

410 Rechtspolitik

- 01 Rechtspolitik allgemein
- 02 Gesetzgebung
(Staatliche Gesetzgebungsverfahren, Vereinfachung der Gesetzgebung)

- 03 Verfahrensordnung, Verfahrensdauer
 (Prozeß- und Ermittlungsverfahren: Vereinfachung, Verkürzung etc.)
- 04 Strafrecht
- 05 Strafvollzug
- 06 Kriminalität
 (Bekämpfung, Prävention)
- 07 Resozialisierung
- 08 Waffenbesitz
- 10 Datenschutz
- 11 Bürger und Justiz
- 15 Rechtsanwalts- und Notarordnung, Gerichts- und Richterordnung
- 20 NS- und Kriegsverbrecher
 (Verfahren gegen Kriegsverbrecher, Entnazifizierung)
- 80 Politische Justiz
- 99 Sonstiges

420 Rechtsordnung

- 01 Rechtsordnung allgemein
 (Rechtsstaatlichkeit, Bezug aufs Grundgesetz)
- 02 Grundrechte
 (Freiheitsrechte, Schutz der Privatsphäre,
 Minderheitenrechte, Demonstrationsrecht)
- 03 Asylrecht
- 04 Gleichberechtigung von Mann und Frau
- 07 Gewalt
- 08 Widerstandsrecht, ziviler Ungehorsam
- 80 Angleichung der Rechtsordnung der neuen Bundesländer
 (auch. Rechtspolitik in den neuen Bundesländern allgemein)
- 99 Sonstiges

GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE ORDNUNG

510 Ordnungspolitik allgemein

- 01 Ordnungspolitik allgemein
- 10 Bürgeraktivitäten, -beteiligung
 (Beteiligung der Bürger bei Planungen, Bürgerinitiativen,
 Bürgerselbstverwaltung)
- 20 Kommunalpolitik allgemein

- 21 kommunale Selbstverwaltung
- 22 kommunale Haushalte
- 30 Öffentlicher Dienst allgemein
- 31 Effizienz der Verwaltung
(Vereinfachung, Einsparungen)
- 32 Bürger und Verwaltung
- 33 Bürokratisierung des gesellschaftlichen Lebens
- 34 Privatisierung öffentlicher Aufgaben
- 35 Verfassungstreue im öffentlichen Dienst
- 40 demographische Entwicklung
(Bevölkerungsstruktur außer Bedeutung für das Rentensystem, siehe 63005)
- 41 Volkszählung
- 45 Personalausweis
- 99 Sonstiges

520 Gesellschaftsordnung**

- 01 Gesellschaftsordnung allgemein
(Lebensbedingungen, Wohlstand allgemein)
- 02 Solidarität, Mitmenschlichkeit
- 03 Religion
(Verhältnis von Staat und Kirche, gesellschaftliche
Bedeutung der Kirchen, konfessionelle Gegensätze)
- 04 Verhältnis Staat/Gesellschaft
- 05 Gerechtigkeit, Chancengleichheit
- 06 Selbstverwirklichung des Einzelnen
- 07 Überschaubarkeit / Anonymität der Gesellschaft
- 08 Deutsche Geschichte, Vergangenheitsbewältigung
(Geschichtsbewußtsein, Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus)
- 09 Pluralismus, Toleranz
- 10 Antisemitismus, Rassismus
- 11 Zusammenleben mit gesellschaftlichen Minderheiten
(ethnische und sexuelle Minderheiten)
- 12 Traditionspflege
(auch: Pflege der deutschen Sprache)
- 15 Leistungsorientierung

- 16 Gemeinwohl
(Ausrichtung auf das gesellschaftliche Ganze, Notwendigkeit, Opfer zu bringen)
- 20 Rolle der Frauen in der Gesellschaft
(Verschiedenheit von Mann und Frau, Recht auf eigene Lebensgestaltung etc.)
(siehe auch 42004 Gleichberechtigung)
- 80 Umbau der sozialistischen Gesellschaft
- 81 Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, Zusammenwachsen
- 99 Sonstiges

530 Politische Ordnung und politische Führung

- 01 Politische Ordnung allgemein
- 02 Grundsätze politischen Handelns
- 03 politisches Handeln/Politikmöglichkeiten
(gestalten, koordinieren, Reformen allgemein)
- 08 Politische Kultur
(Formen der politischen Auseinandersetzung und politisches Bewußtsein)
- 09 Antikommunismus
- 10 Nationalgefühl, Nationalismus
- 11 Demokratie
(Demokratie als Wert, als Verfahrensform; Demokratiemodelle wie Repräsentationsprinzip oder Basisdemokratie mit Volksentscheid)
- 12 Freiheit
- 15 außerparlamentarische Bewegungen
(Friedens-, Ökologie-, Frauen-, Anti-AKW-Bewegung)
- 16 demokratischer Sozialismus, soziale Demokratie, Sozialismus
- 20 Stellung und Funktion von Wahlen
(Wahlkampf, Wahlrecht)
- 21 Stellung und Funktion von Parteien
- 22 radikale Parteien, Sperrklausel
- 25 Koalitionen
- 50 Funktion und Aufgaben der Regierung
- 51 Funktion der Opposition
(Kontrolle, Zusammenarbeit der Regierung mit der Opposition)
- 52 Funktion von Parlamenten und Abgeordneten
- 53 Effektivierung des Regierungshandelns

- (z. B. bessere Organisation der Ministerien)
- 54 Staatlicher Planungs- und Entscheidungsprozeß
(Straffung, Transparenz)
- 55 Rolle und Aufgaben des Staates
- 56 Ausstattung der Abgeordneten
(inkl. wissenschaftlicher Dienste)
- 57 Öffentlichkeitsarbeit
- 60 Organisatorische Struktur der Regierung
(Zusammensetzung des Kabinetts, Aufgabenverteilung der Ressorts)
- 80 Besatzungsstatut
- 81 Politischer Status der BRD
(v. a. in der Nachkriegszeit: Forderung nach staatlicher Souveränität)
- 82 Politisches System der BRD
(v. a. in der Nachkriegszeit: regionale Autonomiebestrebungen)
- 83 Politisches System der DDR
(nach 1990: Aufarbeitung der Vergangenheit)
- 85 Politisches System Gesamtdeutschland
- 86 Herrschaft einer Partei
- 99 Sonstiges

540 Innere Sicherheit

- 01 Innere Sicherheit allgemein
- 02 Terrorismus
- 03 Politischer Extremismus
- 04 Verfassungsschutz, Nachrichtendienste
- 05 Rechtsradikalismus
- 06 Linksradikalismus
- 10 Zivilschutz
(Naturkatastrophen)
- 15 Polizei und Sicherheitsbehörden: Ausstattung und Struktur
- 20 Sicherheitsgesetze, Notstandsgesetze
- 80 Stasi
- 99 Sonstiges

550 Föderalismus

- 01 Föderalismus allgemein
- 02 Einheitlichkeit der Rechtsprechung in den Bundesländern

- 03 Zuständigkeitsbereich des Bundes
- 04 Aufgabenverteilung von Bund/Ländern/Gemeinden
- 05 Gemeinschaftsaufgaben von Bund/Ländern/Gemeinden
- 10 Finanzausgleich Bund/Länder/Gemeinden
- 99 Sonstiges

SOZIALPOLITIK

610 Sozialpolitik

- 01 Sozialpolitik allgemein
(soziale Sicherheit, soziale Grundversorgung allgemein)
- 02 Finanzierung des Sozialversicherungssystems
(Einsparungen, Rationalisierung, gegen Gießkannenprinzip und Sozialabbau)
- 03 Sozialversicherungssystem
(Aufbau und Struktur der Versicherungsträger)
- 04 Sozialhilfe
- 05 soziale Einrichtungen
(Heime, ambulante Dienste)
- 06 soziale Probleme, soziale Sicherung spezieller Gruppen
- 07 Behinderte
- 08 alte Menschen
(soziale Situation alter Menschen, Begegnungsstätten, Selbständigkeit im Alter, Pflegebedürftigkeit, Entmündigung)
- 09 Kriegsopferversorgung
(Sozialleistungen an ehemalige Soldaten des 2. Weltkrieges und deren Hinterbliebene)
- 10 Wiedergutmachung
- 15 nichtstaatliche Sozialarbeit
- 99 Sonstiges

620 Familienpolitik

- 01 Familienpolitik allgemein
- 02 Problemfamilien
(z. B. unvollständige Familien)
- 03 eheähnliche Gemeinschaften
- 04 Kinder, Erziehung
- 05 Familienförderung

- (finanzielle Leistungen wie Kindergeld, Steuererleichterungen)
- 06 Familienplanung
(„Pro Familia“, „Stiftung Mutter und Kind“, Verhütungsberatung)
- 07 Schwangerschaftsabbruch
(§218, auch: Schutz des ungeborenen Lebens)
- 08 Kindergärten, Kindergartenplätze, Spielplätze, Kindertagesstätten
- 09 Hausfrauen, Mütter
- 10 Zusammenleben der Generationen
(Möglichkeiten, die Großeltern mit aufzunehmen etc.)
- 15 Ehe- und Familienrecht
- 16 Scheidung
- 99 Sonstiges

630 Rentenpolitik

- 01 Rentenpolitik allgemein
- 02 Rentenversicherungssystem
- 04 Rentenhöhe
- 05 Auswirkungen demographischer Entwicklung
(Abnahme der arbeitenden Bevölkerung und deren Bedeutung für das Rentensystem, „Generationenvertrag“)
- 06 Hinterbliebenenversorgung, Frauen im Rentenrecht
- 07 Versicherungsbeiträge der Rentner
(z. B. Krankenkassenbeiträge, Rezeptgebühren)
- 08 Alterssicherung spezieller Gruppen
(z. B. Selbständige, Landwirte)
- 80 Rentenstrafrecht
- 81 Vorruhestand
- 99 Sonstiges

640 Jugendpolitik

- 01 Jugendpolitik allgemein
- 02 Beteiligung in Politik und Gesellschaft
- 03 Sozialpolitik für Jugendliche
(Soziale Einrichtungen, Jugendschutz)
- 99 Sonstiges

650 Ausländerpolitik

- 01 Ausländerpolitik allgemein
- 02 Integration
(Gesellschaftliche Eingliederung: Zusammenleben von Deutschen und Ausländern, Ausländerfeindlichkeit; politische Integration: Beteiligung an politischen Entscheidungen, kommunales Wahlrecht)
- 03 rechtlicher Status
(Ausländerrecht, Aufenthaltsstatus: Anwerbung, Zuzug von Familienangehörigen)
- 04 Sozialpolitik für Ausländer
- 99 Sonstiges

660 Gesundheitspolitik

- 01 Gesundheitspolitik allgemein
- 02 Vorsorge, spezielle Krankheiten
(Vorsorgeprogramm; Krebs, Herz- und Kreislaufkrankheiten etc.)
- 03 Suchtkranke
- 04 psychisch Kranke
- 05 stationäre Gesundheitsversorgung
(Krankenhäuser)
- 06 Finanzierung des Gesundheitssystems
(Kostendämpfung, Wirtschaftlichkeit)
- 07 Krankenversicherungssystem
(Versicherungsträger, Leistungsstruktur)
- 08 ambulante Gesundheitsversorgung
- 09 Rehabilitation
- 10 Rauschgift
- 11 Arzneimittelwesen
- 12 medizinisches Personal
(Ärzte, Krankenschwestern etc.: Aufgaben, Ausbildung, Einkommen)
- 15 Strahlenschutz
- 20 Pflegenotstand, Pflegeversicherung
- 99 Sonstiges

670 Sozialordnung

- 01 Sozialordnung allgemein
(allgemeiner Lebensstandard, „sozialer Fortschritt“)
- 02 Sozialstaat

- 03 sozialer Friede, Stabilität
- 04 Struktur sozialer Einrichtungen
(Apparate, anonyme Massenversorgung; kleine Einheiten)
- 05 Struktur sozialer Leistungen
(staatliche Leistungen/Eigenverantwortung, Verhältnis von Individuum und Kollektiv, Subsidiarität)
- 06 soziale Gerechtigkeit
- 07 soziale Gegensätze
(auch: Gegensatz von organisierten/nichtorganisierten Interessen)
- 08 Selbst- und Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliche Tätigkeit
- 20 Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge
- 21 Kriegsfolgen allgemein
- 80 Sozialunion, Angleichung der Sozialsysteme
- 99 Sonstiges

ARBEITSPOLITIK

710 Arbeitspolitik

- 01 Arbeitspolitik allgemein
- 02 Arbeitslosigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen
- 03 Problemgruppen des Arbeitsmarktes
(auch spezielle Beschäftigtengruppen wie z. B. Bergleute)
- 04 Familie und Arbeit
(Möglichkeiten und Hilfestellungen zur Vereinbarkeit)
- 06 soziale Sicherung in der Arbeitswelt
(Arbeitslosenversicherung, Lohnfortzahlung)
- 07 Frauen in der Arbeitswelt
(Gleichberechtigung, gleicher Lohn, Arbeitsfelder etc.)
- 08 Beschäftigte im öffentlichen Dienst
- 09 Mutterschutz
- 10 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
- 11 leitende Arbeitnehmergruppen
(Facharbeiter, höhere Angestellte)
- 15 berufliche Aufstiegsmöglichkeiten
- 16 Umstrukturierung der Beschäftigungsbereiche
(Mobilität, neue Berufe)
- 17 Teilzeitarbeit
- 20 Arbeitskräftemangel

- 80 Recht auf Arbeit
- 99 Sonstiges

720 Einkommens- und Vermögenspolitik

- 01 Einkommenspolitik allgemein
- 02 Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer
- 05 Vermögenspolitik allgemein
- 06 Eigentum für breite Schichten
- 07 Sparförderung
- 10 Lastenausgleich
- 99 Sonstiges

730 Tarif- und Lohnpolitik

- 01 Tarif- und Lohnpolitik allgemein
- 02 Tarifautonomie
- 03 Arbeitskampf
- 05 Löhne
- 06 Arbeitszeit
(auch: 35-Stunden-Woche/ Überstunden)
- 10 Gesellschaftliche Rolle der Gewerkschaften
- 11 Verhältnis der Sozialpartner
(Aufgaben, Zusammenarbeit)
- 12 Korporatismus
(z. B. konzertierte Aktion)
- 13 Lohnnebenkosten
- 99 Sonstiges

740 Arbeitsrecht

- 01 Arbeitsrecht allgemein
- 02 Arbeitsgesetzbuch
- 03 Arbeitsverträge
(Leiharbeit, Schwarzarbeit)
- 10 Mitbestimmung
(inkl. Personalvertretung, Betriebsverfassungsgesetz)
- 99 Sonstiges

750 Arbeitsschutz, Humanisierung der Arbeitswelt

- 01 Arbeitsschutz allgemein
- 02 humane Arbeitsbedingungen
(Programm Humanisierung der Arbeitswelt; auch: Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in der Arbeit)
- 03 Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt
(auch: Berufskrankheiten)
- 99 Sonstiges

WIRTSCHAFTSPOLITIK**810 Wirtschaftspolitik**

- 01 Wirtschaftspolitik allgemein
- 02 Krise der Wirtschaft
- 03 Unternehmertum
(auch: Existenzgründung)
- 04 Kapitalbildung und Investitionen
- 05 Wirtschaft im Strukturwandel
(Modernisierung, Rationalisierung, Produktumstellungen)
- 07 Wirtschaftswachstum, Aufschwung
(auch: Grenzen des Wachstums)
- 08 Konjunkturpolitik
(Verstetigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stabilitätspolitik)
- 09 sektorale Wirtschaftspolitik
(Stahl, Bau, Kohle, Werften)
- 10 regionale Wirtschaftspolitik
- 11 Mittelstandspolitik
(Förderung kleiner und mittlerer Betriebe)
- 15 staatliche Wirtschaftstätigkeit
- 20 Verbraucherschutz
- 21 Werbung
- 22 Nachfrageorientierung der Wirtschaft
(Bedarfsdeckung, Verbrauchs- und Konsumgüter)
- 50 Demontage, Reparationen
- 80 Treuhandanstalt, Aufgaben, Tätigkeit
- 81 wirtschaftlicher Aufbau in den neuen Bundesländern
- 99 Sonstiges

820 Wirtschaftsordnung

- 01 Wirtschaftsordnung allgemein
- 02 (Soziale) Marktwirtschaft
- 03 Wettbewerb
- 04 Verhältnis Staat/Wirtschaft
- 05 Verhältnis Klein- und Großbetrieben
- 06 Wirtschaftskonzentration
(Absprachen, Kartelle, Verflechtung)
- 07 Verhältnis Produktion/Distribution
- 08 Besitzverteilung
- 09 Privatisierung staatlicher Betriebe
- 15 Leistungselite
- 20 Planwirtschaft
- 21 Gemeinwirtschaft
(Genossenschaftswesen)
- 22 Sozialisierung
- 25 alternative Wirtschaftsmodelle
(kleine Wirtschaftseinheiten, Kreislaufwirtschaft)
- 80 Eigentumsrechte (Privateigentum an Produktionsmitteln)
- 81 Rückgabe/ Entschädigung von Alteigentümern in den neuen Bundesländern
(Vermögensfragen allgemein)
- 82 Neoliberalismus
- 99 Sonstiges

830 Wirtschaftsrecht

- 01 Wirtschaftsrecht allgemein
- 02 Kartellgesetz
- 03 Wettbewerbsrecht
- 04 Aktienrecht
- 05 Geschäftspraktiken
(z. B. „Kleingedrucktes“)
- 10 Wirtschaftskriminalität
- 99 Sonstiges

850 Außenwirtschaft

- 01 Außenwirtschaft allgemein
(Weltwirtschaftsordnung)

- 02 internationale Verflechtung, Weltwirtschaftsprobleme
- 03 Außenhandel mit bestimmten Ländern
- 04 internationaler Wettbewerb
(Protektionismus)
- 05 Leistungsbilanz
(außenwirtschaftliches Gleichgewicht, d. h. Vermeidung
anhaltender Defizite oder Überschüsse im Außenhandel)
- 06 Weltwährungssystem
(Umschuldungen)
- 10 ausländisches Kapital in der BRD
- 80 staatliches Außenhandelsmonopol
- 99 Sonstiges

860 Agrar- und Forstwirtschaft

- 01 Agrarpolitik allgemein
- 02 Landwirtschaftliche Produkte
(Nahrungsmittelversorgung, Qualität der Produkte, Überproduktion)
- 03 Umweltschutz in der Landwirtschaft
(Energieeinsparung, ökologischer Landbau;
außer: Boden-, Lärm-, Luft-, Gewässerschutz, siehe 240 UWS)
- 04 Wirtschaftslage landwirtschaftlicher Betriebe
(Förderung der Wirtschaftskraft)
- 05 Sozialpolitik für Landwirte
- 06 Modernisierung, Rationalisierung
(Maschinen, neue Anbaumethoden)
- 10 Forstwirtschaft
- 20 Raumordnung in landwirtschaftlichen Gebieten
(Flurbereinigung, Wirtschaftswege, Siedlungsstruktur)
- 30 Agrarmarkt
- 50 Wasserwirtschaft
- 80 Eigentumsverhältnisse, Genossenschaften
- 81 LPG, Dekonzentration
- 82 LPG, Strukturen
(auch: Zusammenführung von Pflanzen- und Tierproduktion)
- 83 Landwirtschaft in den neuen Bundesländern
- 99 Sonstiges

FINANZPOLITIK

910 Finanzpolitik

- 01 Finanzpolitik allgemein
- 02 Kreditwesen, Zinsen
- 03 Aktien- und Kapitalmarkt
- 80 Finanzierung der deutschen Einheit
- 81 Währungsunion
- 99 Sonstiges

920 Haushaltspolitik

- 01 Haushaltspolitik allgemein
(Struktur von Ausgaben und Einnahmen des Staates)
- 02 Verhältnis Staatsquote/Bruttonsozialprodukt
- 03 Finanzmittel für bestimmte Bereiche
- 10 Staatseinnahmen allgemein
- 11 Kreditfinanzierung, -aufnahme
- 12 Steueraufkommen
- 13 Steuer-, Zoll- und Vermögensverwaltung
- 14 Allgemeines Staatsvermögen
- 20 Staatsausgaben allgemein
- 21 Staatsverschuldung
- 22 Rückführung der Staatsverschuldung
(Sparen, Konsolidierung des Haushalts)
- 80 Haushaltsdefizit in Folge der Deutschen Einheit
- 99 Sonstiges

930 Steuerpolitik

- 01 Steuerpolitik allgemein
- 02 Steuerhöhe (Be- und Entlastung)
- 03 Steuersystem
(Verhältnis der Steuerarten, Vereinfachung)
- 04 spezielle Steuern
(Kfz, Gewerbe, Einkommen etc.)
- 05 Steuerrecht
- 10 Steuerkriminalität
(Hinterziehung)
- 80 Solidaritätsbeitrag

99 Sonstiges

940 Wirtschaftsförderung

- 01 Wirtschaftsförderung allgemein
- 02 Subventionen
- 03 Öffentliche Investitionen
(auch: öffentliche Auftragsvergabe)
- 04 private Konsumnachfragesteuerung
- 99 Sonstiges

950 Geld- und Währungspolitik, Preispolitik

- 01 Geldpolitik
(Bundesbank: Steuerung der Geldmenge und des Zinsniveaus;
Mindestreserve)
- 02 Währungspolitik
(Bundesbank und Bundesregierung: Sicherung des Außenwerts
der Währung; Devisenbewirtschaftung, Auf- und Abwertungen)
- 05 Geldinstitute
- 11 Preispolitik allgemein
- 12 Inflation
- 13 Deflation
- 80 Währungsunion
- 81 Konvertierbarkeit der Mark der DDR
- 99 Sonstiges

SUBSYS

- 1 Wirtschaft
- 2 Politie
- 3 Gemeinschaft

STRUKTUR

- 1 Struktur
- 2 Funktion
- 3 Wertordnung

POSITION

- 101 spezielle auswärtige Beziehungen - positiv

- 102 spezielle auswärtige Beziehungen - negativ
- 103 Anti-Imperialismus
- 104 Militär - positiv
- 105 Militär - negativ
- 106 Frieden
- 107 Internationalismus - positiv
- 108 Europäische Wirtschaftsgemeinschaft/Europa - positiv
- 109 Internationalismus - negativ
- 110 europäische Wirtschaftsgemeinschaft/Europa - negativ
- 201 Freiheit und Verwirklichung von Menschenrechten
- 202 Demokratie
- 203 Konstitutionalismus - positiv
- 204 Konstitutionalismus - negativ
- 301 Dezentralisierung
- 302 Zentralisierung
- 303 Leistungsfähigkeit von Regierung und Administration
- 304 Politische Korruption
- 305 Politische Autorität
- 401 Unternehmertum, freie Marktwirtschaft
- 402 Anreize für unternehmerische Tätigkeit
- 403 Geregelter Kapitalismus, Soziale Marktwirtschaft
- 404 Wirtschaftliche Planung
- 405 Korporatismus
- 406 Protektionismus - positiv
- 407 Protektionismus - negativ
- 408 Wirtschaftliche Zielvorstellungen
- 409 Keynesianische Nachfragerregelungen
- 410 Produktivität
- 411 Technologie und Infrastruktur
- 412 zentrale Planwirtschaft
- 413 Verstaatlichung
- 414 ökonomischer Konservatismus
- 415 Marxistische Analysen
- 416 Nachhaltiges Wirtschaften
- 501 Umweltschutz
- 502 Kunst, Sport, Freizeit und Medien
- 503 Gerechtigkeit

- 504 Wohlfahrtsstaat - pro Expansion
- 505 Wohlfahrtsstaat - anti Expansion
- 506 Bildungssystem - pro Expansion
- 507 Bildungssystem - anti Expansion
- 601 Verteidigung der nationalen Lebensweise - positiv
- 602 Verteidigung der nationalen Lebensweise - negativ
- 603 traditionale Moral - positiv
- 604 traditionale Moral - negativ
- 605 Ruhe und Ordnung
- 606 soziale Harmonie
- 607 Multikulturalismus - positiv
- 608 Multikulturalismus - negativ
- 701 Arbeitnehmer - positiv
- 702 Arbeitnehmer - negativ
- 703 Landwirtschaft und Landwirte
- 704 Alte und Neue Mittelschicht
- 705 Unterprivilegierte Minoritäten
- 706 nicht-wirtschaftlich definierte Gruppen

AKTEUR

- 01 SPD
- 02 CDU
- 03 FDP
- 04 CSU
- 05 Die Grünen (1983-1987)
- 06 CDU/CSU
- 10 CDU/CSU-FDP-Koalition
- 11 SPD-FDP-Koalition
- 12 CDU/CSU-SPD-Koalition
- 13 CDU/CSU-FDP-DP-Koalition (1949)
- 14 CDU/CSU-FDP-DP-GB/BHE-Koalition (1953)
- 15 CDU/CSU-DP-Koalition (1957)
- 20 DP
- 21 Zentrum
- 22 GB/BHE
- 23 SSW
- 24 DKP/DRP

- 25 WAV
- 26 KPD
- 27 BP
- 28 PDS (seit BTW 1990)
- 29 Grüne/Bündnis '90 (BTW 1990)
- 30 Bündnis '90/Die Grünen (seit BTW 1994)

Volkskammerwahl der DDR 1990:

- 51 SPD
- 52 CDU
- 53 FDP
- 54 LDP
- 55 DFP
- 56 DSU
- 57 Grüne-UFV
- 58 DBD
- 59 DA
- 60 PDS
- 61 Bündnis 90
- 62 NDPD
- 63 AVL
- 64 DFD
- 70 Regierungserklärung de Maiziere

HANDLUNG

- 0 keine Handlungsabsicht, kein Handlungsbedarf
- 1 allgemeine Handlungsabsicht, -bedarf
- 2 Spezifische Handlungsabsicht, -bedarf
- 3 Handlungsabsicht, -bedarf mit spezifizierten Instrumenten
(Variable INSTRUME ne 0)

RICHTUNG

- 0 keine Handlungsabsicht, -bedarf
- 1 Veränderung
- 2 Kontrolle
- 3 Stabilisierung, Aufrechterhaltung des Status quo,
Abwehr von Handlungsabsichten anderer

INTENS

- 0 keine Handlungsabsicht, -bedarf
- 1 Einfache Handlungsabsicht, -bedarf
- 2 Intensive, mit Nachdruck geäußerte Handlungsabsicht, -bedarf

INSTRUME

- 00 keine Handlung und kein Instrument
- 01 Gesetze
- 02 Gesetzesnovellen
(Anpassung, Verschärfung, Aufhebung, auch: Amnestie)
- 03 Verordnungen
- 06 Anwendung bestehender Gesetze und Verordnungen
- 13 Steuern und Abgaben
(Gestaltung, Entlastung, Belastung)
- 16 Haushaltsmaßnahmen
(Umschichtungen, Bereitstellung von Mitteln)
- 17 Öffentliche Investitionen
(insbes. Infrastrukturinvestitionen)
- 18 Sozialleistungen
- 19 Subventionen, Kredite
(auch: Kürzung bestehender Finanzhilfen)
- 20 Programme
(5-Jahresplan, Bildungsgesamtplan, -reform; Sport-, Alten-, Aktionsprogramme)
- 21 wissenschaftliche Information und Beratung
- 22 Kommissionen
- 23 Untersuchungsausschüsse
- 24 Hearings
- 25 Forschungsaufträge
- 26 Gutachten, Berichte
- 27 Stiftungen
- 28 Organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen
(Neubildung, Auflösung, Festlegung von Zuständigkeiten)
- 29 Öffentlichkeitsarbeit, Information der Bevölkerung
- 31 Modellprojekte
- 32 Statistiken
- 33 Gespräche, Verhandlungen, Absprachen, Zusammenarbeit

- (mit bestimmten Gruppen oder Organisationen)
- 42 Verfahrensregelungen
 - 50 Beitritt, Ausbau von internationalen Organisationen
 - 51 internationale Abkommen, Verträge
(auch: deren Anwendung)
 - 52 internationale Verhandlungen, Konferenzen und Zusammenarbeit
 - 98 mehrere Instrumente
 - 99 Sonstige Instrumente

GRUPPE1 (Klientel)

- 00 keine Gruppe
- 01 Arbeitnehmer
- 02 Arbeiter
- 03 Facharbeiter
- 04 Angestellte
- 05 Manager/leitende Angestellte
- 06 Beamte
- 07 Beschäftigte im öffentlichen Dienst
- 08 Bergleute
- 09 Arbeitslose
- 10 alte Arbeitnehmer
- 11 Betriebs- und Personalräte
- 13 Eigentümer, Besitzende
- 14 Groß-, Besserverdienende, Privilegierte
- 15 Arbeitgeber
- 16 Selbständige
- 17 Unternehmer
- 18 Landwirte
- 19 Mittelstand
- 20 Wirtschaft
- 21 mittelständische Unternehmen
- 22 Großkonzerne/Großunternehmen
- 23 Handel
- 24 Handwerk
- 25 Banken
- 26 Betriebe, Firmen, Unternehmen
- 27 Landwirtschaft

28	Freiberufler
29	spezielle Wirtschaftszweige
30	Verbraucher
31	Mieter
32	private Haushalte
33	Mitglieder des Sozialversicherungssystems
34	Einkommensschwache
35	Steuerzahler
36	Sparer
38	Sportler
41	Schüler
42	Studenten
43	Pädagogen (Erzieher, Lehrer)
44	Auszubildende
45	Schulabgänger
46	Künstler, Intellektuelle, Kritiker
47	Begabte
48	Wissenschaftler, Akademiker, wissenschaftlicher Nachwuchs
49	Wissenschaft
50	Familien
51	Lebens- und Wohngemeinschaften
52	Eltern
53	Alleinerziehende
54	Mütter, Hausfrauen
55	Kinder
56	Arbeiterkinder
57	kinderreiche Familien
58	Jugendliche/die Jugend
59	Frauen
60	alte Menschen
61	Rentner
62	Heimbewohner
63	Patienten
64	Behinderte
65	psychisch Kranke
66	Suchtkranke
67	Opfer von Straftaten (+ Raum = 08 = Opfer des SED-Regimes)

- 68 Opfer von Unfällen
- 69 Ärzte, medizinisches Personal
- 70 Minderheiten
- 71 Ausländer
- 72 Flüchtlinge
- 73 Asylanten
- 74 Vertriebene
- 75 sozial Schwache aller Art
- 76 Straffällige
- 77 Verursacher (z. B. bei Umweltpolitik)
- 78 Sozialleistungsempfänger
- 79 Nichtorganisierte
- 80 Kriegsdienstverweigerer
- 81 Militärpersonen
- 82 Opfer des Nationalsozialismus und des 2. Weltkrieges
- 83 Deutsche in Ostblockstaaten, Aussiedler
- 84 DDR-Bürger, Bürger der neuen Bundesländer
- 85 Richter
- 88 bayrische Volksgruppe
- 89 dänische Volksgruppe
- 90 Volk/Bürger/Bevölkerung/Öffentlichkeit
- 91 gesellschaftliche Schichten ohne konkrete Nennung
- 92 alle gesellschaftlichen Kräfte (z. B. Wirtschaft, Staat und Bürger)
- 93 der Einzelne
- 94 Wähler
- 95 Menschheit, Weltbevölkerung
- 96 Bürger der alten Bundesländer
- 98 mehrere Gruppen
- 99 Sonstige

GRUPPE2 (Benachteiligte Gruppe)

vgl. ‚Gruppe1‘:

Die Ausprägungen der Variable ‚Gruppe2‘ sind identisch mit den Ausprägungen der Variable Gruppe 1

INSTITUT

- 00 keine Institution

- 01 Bundesregierung
- 02 Ministerien
- 03 Bundestag
- 04 Koalitionspartner
- 05 Opposition
- 06 Ausschüsse, Kommissionen
- 07 Bundesregierung und Bundestag
- 08 Bundestag und Bundesrat
- 10 öffentliche Hand
- 11 Staat
- 20 Bundesrat
- 21 Länderregierungen, Länderparlamente
- 22 Bundesländer (einzelne/alle)
- 30 Kommunen
- 31 Bund, Länder und Gemeinden
- 32 Länder und Gemeinden
- 33 Bund und Länder
- 34 Bund
- 40 Bürokratie/Verwaltung, öffentl. Dienst
- 41 Behörden
- 42 Kartellbehörden
- 50 Organe der Inneren Sicherheit (BKA/Polizei/BND)
- 60 Bundeswehr
- 70 Gerichte
- 71 Bundesverfassungsgericht
- 80 Auslandsvertretungen, diplomatische Dienste
- 81 Ministerrat
- 82 Volkskammer
- 83 DDR, Bezirke/Länder und Gemeinden
- 84 Bezirke/Länder und Gemeinden
- 85 DDR, Bezirke/Länder
- 86 Stasi
- 87 Staatsoberhaupt der DDR, Staatsrat/Staatspräsident
- 90 Institutionen 1945 - 1949
(Militärregierungen, Frankfurter Wirtschaftsrat etc.)
- 93 Alliierte Schutzmächte
- 94 Hohe Kommission

- 98 mehrere Nennungen
- 99 Sonstige

ORGANIS

- 00 keine Organisation
- 01 Bundesunternehmen
- 02 Bundesbank
- 03 Bundesbahn
- 04 Bundespost
- 05 Bundesanstalt für Arbeit
- 06 Arbeitsamt
- 10 Parteien (einzelne/alle)
- 11 rechtsextreme Parteien und Gruppierungen
- 12 linksextreme Parteien und Gruppierungen
- 14 Vereine, Verbände
- 15 Selbsthilfeorganisationen
- 16 Interessenverbände allgemein
- 17 Bürgerinitiativen, neue soziale Bewegungen
- 20 Wirtschaftsverbände
- 21 Genossenschaften
- 22 Gewerkschaften
- 23 Tarifpartner
- 24 Kammern
- 25 konzertierte Aktion (Wirtschaft/Gewerkschaften/Staat)
- 30 Heime
- 31 soziale Einrichtungen (sonstige)
- 35 Krankenhäuser
- 36 Wohlfahrtsverbände/Freie Träger
- 40 Sozialversicherungen allgemein
- 41 Krankenversicherung
- 42 Rentenversicherung
- 43 Arbeitslosenversicherung
- 44 Unfallversicherung
- 50 Schulen
- 51 Hochschulen
- 55 Institute/Stiftungen, Kultureinrichtungen (Museen etc.)
- 56 Forschungsgesellschaften (DFG, Max-Planck-Gesellschaft)

60	Kirchen
70	Medien
75	Sportorganisationen
80	Treuhandanstalt
98	mehrere Nennungen
99	Sonstige

RAUM

00	keine räumliche Einheit
01	Berlin
02	Saargebiet
03	Zonenrandgebiet
04	Bonn
05	Südschleswig
06	Bayern
07	Westzone (Bi-, Trizone), alte Bundesländer
08	Ostzone, neue Bundesländer
09	Ruhrgebiet
10	strukturschwache Gebiete
11	landwirtschaftliche Gebiete, ländlicher Raum
12	Ballungsräume
13	Städte
14	Städte und Dörfer
15	lokaler, regionaler Bereich (auch in Städten)
16	Krisengebiete
17	Dörfer
20	Europa
21	Benelux
22	Südeuropa
23	Mittelmeerraum
24	Skandinavien
30	Osteuropa/sozialistische Staaten/Oststaaten
31	Ostgebiete, ehemalige deutsche
32	Mitteleuropa
35	westliche Welt
37	Osten und Westen
38	Golf-Region

39	Baltikum
40	naher und mittlerer Osten
50	Asien
60	Afrika
70	Lateinamerika
71	Mittelamerika
80	Entwicklungsländer
81	OPEC-Staaten
82	blockfreie
84	Industrieländer
85	Entwicklungs- und Industrieländer
90	Gesamtdeutschland, BRD nach 03. Oktober 1990
97	Welt
98	mehrere Nennungen
99	Sonstige

INTERNAT

00	keine internationalen Organisationen
01	Comecon (RGW)
02	EG/EWG und Mitgliedstaaten
03	EG-Parlament
04	Europarat
05	europäischer Ministerrat
06	Europäische militärische Zusammenschlüsse (WEU, EVG)
07	Europäische wirtschaftliche Zusammenschlüsse (Wirtschaftsrat, Montanunion)
09	Sonstige europäische Zusammenschlüsse und Institutionen
10	NATO
11	Warschauer Pakt
12	NATO und Warschauer Pakt
13	europäische NATO-Partner
20	internationale Organisationen allgemein
21	UNO
22	OECD
23	OPEC
24	EFTA
98	mehrere Nennungen

99 Sonstige

STAAT

	00	keine Staaten
ABC 01 - 10	01	Afghanistan
	08	China
	09	CSSR
DEF 11 - 20	11	BRD
	12	DDR
	13	Deutschland (gesamt, beide deutsche Staaten)
	14	Dänemark
	15	Finnland
GHIJ 21 - 30	19	Frankreich
	22	Griechenland
	23	Griechenland, Spanien, Portugal
	24	Großbritannien
	25	Indien
	26	Japan
	27	Italien
	28	Iran
	29	Israel
	30	Jugoslawien
KLM 31 - 45	31	Kambodscha
	32	Korea
	46	Namibia
NOP 46 - 55	47	Niederlande
	50	Pakistan
	54	Polen
	55	Portugal
QRS 56 - 65	61	Spanien
	62	Südafrika
TUV 66 - 80	70	Türkei
	75	UdSSR
	76	USA
	77	USA und UdSSR
	78	Ungarn

	80	Vietnam
WXYZ 81 - 95		
	97	mehrere Staaten
	98	Staaten (ohne Nennung, z. B. „Nachbarländer“)
	99	alle Staaten

APPELL

00	kein Appell
01	SPD
02	CDU
03	FDP
04	CSU
05	Grüne
06	CDU/CSU
07	SPD und Grüne
10	CDU/CSU/FDP-Koalition
11	SPD/FDP-Koalition
12	CDU/CSU/SPD-Koalition
13	CDU/CSU/FDP/DP-Koalition
14	CDU/CSU/FDP/DP/GB/BHE-Koalition
15	CDU/CSU/DP-Koalition
16	Politiker (einzelne, alle)
18	SED
20	Regierung
21	Opposition
22	Bundestag
23	Parlamentarier
24	Ministerien, Minister
25	deutsche Politik, BRD, alte Bundesländer
26	Parteien
27	Bundestag und Bundesrat
30	Bundesrat
31	Länderregierungen
32	Länderparlamente
33	Länder
34	Bund
35	Kommunen

36	Bund und Gemeinden
37	Länder und Gemeinden
38	Bund und Länder
39	Bund/Länder/Gemeinden
40	Bürokratie/Verwaltung
41	Öffentliche Hand
43	Organe der Inneren Sicherheit (Polizei, BKA, BND)
45	Bundesbahn
46	Bundesbank
47	Bundespost
48	Bundesanstalt für Arbeit
49	Kartellamt/-behörden
50	Wirtschaft
51	(Groß-)Unternehmen/Monopole/Konzerne
52	Banken
53	Sparer
54	Groß-, Besserverdienende, Privilegierte
55	Tarifpartner
56	Gewerkschaften
57	Arbeitgeber
58	Arbeitnehmer
59	Landwirtschaft
60	Verbände
61	Interessenorganisationen allgemein
62	Einrichtungen des Gesundheitswesens
63	Soziale Organisationen
66	Bildungseinrichtungen
67	Wissenschaft
68	Kirchen
69	Medien
70	EG/Mitgliedsländer der EG
71	EG-Institutionen
74	UNO
75	NATO
76	Europäische Partner der NATO
77	Alliierte (3- bzw. 4-Mächte)
79	internationale Zusammenschlüsse, Organisationen

- 80 Westliche Welt, kapitalistische Staaten
- 81 USA
- 82 USA und UdSSR
- 85 östliche Welt, sozialistische Staaten, Warschauer Pakt-Staaten
- 86 UdSSR
- 87 DDR, neue Bundesländer
- 88 alle Staaten
- 89 andere Staaten (sonstige)
- 90 alle Bürger
- 91 die Gesellschaft
- 92 alle gesellschaftlichen Kräfte (z. B. Staat, Wirtschaft und Bürger)
- 93 der Staat
- 94 Staat und Tarifpartner
- 98 Appell ohne Adressat
- 99 Sonstige

KRITIK

vgl. ‚Appell‘:

Die Ausprägungen der Variable ‚Kritik‘ sind identisch mit den Ausprägungen der Variable ‚Appell‘

Auswahl der Arbeitspapiere (Stand: September 2002)

Abteilungsübergreifend

- FS III 96-301 The Mass Media and Modern Government
Kenneth Newton
- FS III 96-302 Das intermediäre System der Politik als Orientierungssystem der Bürger
Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Dieter Rucht und Bernhard Weßels

Abteilung 1 „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“

- FS III 90-101 Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze.
Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt
- FS III 92-101 Anbieter von öffentlichen politischen Veranstaltungen in West-Berlin.
Barbara Blattert
Nachfrager und wahrgenommenes Angebot von öffentlichen politischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik.
Jürgen Gerhards
- FS III 92-103 Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat), Codebuch.
Dieter Rucht, Peter Hocke und Thomas Ohlemacher
- FS III 93-101 Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.
Jürgen Gerhards
- FS III 93-102 Selbstkontrolle in den Medien: Der Deutsche Presserat und seine Möglichkeiten.
Jessica Eisermann
- FS III 93-103 Prominenz in der Bundesrepublik.
Birgit Peters
- FS III 94-101 Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?
Barbara Blattert, Dieter Rink und Dieter Rucht
- FS III 95-101 A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe.
Ruud Koopmans
- FS III 95-103 German Unification, Democratization and the Role of Social Movements: A Missed Opportunity.
Dieter Rucht
- FS III 95-105 Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994.
Jürgen Gerhards und Monika Lindgens
- FS III 97-101 Citizenship, National Identity and the Mobilisation of the Extreme Right. A Comparison of France, Germany, the Netherlands and Switzerland
Ruud Koopmans and Hanspeter Kriesi
- FS III 98-101 Proteststrukturen im Ost-West-Vergleich 1989 - 1992
Susann Burchardt

- FS III 98-103 Die Branchenstruktur der Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1996. Eine deskriptive Analyse
Simone Wack
- FS III 98-104 Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925-1930
Helmut K. Anheier, Friedhelm Neidhardt und Wolfgang Vorkamp
- FS III 98-105 Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany
Ruud Koopmans and Paul Statham
- FS III 98-106 Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders und Barbara Pfetsch
- FS III 98-107 Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Christiane Eilders und Albrecht Lüter
- FS III 99-101 Government News Management - Strategic Communication in Comparative Perspective
Barbara Pfetsch
- FS III 99-102 (Re)constructing Community in Berlin; Of Jews, Turks and German Responsibility
Jonathan Laurence
- FS III 99-103 "In Russia we were Germans, and now we are Russians." - Dilemmas of Identity Formation and Communication among German-Russian Aussiedler
Barbara Pfetsch

Abteilung 2 „Institutionen und sozialer Wandel“

- FS III 91-201 Ein analytisches Schema zur Klassifikation von Politikgehalten.
Edeltraud Roller
- FS III 93-202 Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses.
Dieter Fuchs
- FS III 93-203 A Metatheory of the Democratic Process.
Dieter Fuchs
- FS III 93-205 Mass Media: Political Independence of Press and Broadcasting Systems.
Katrin Voltmer
- FS III 94-201 Democratic Transformation and the Prerequisites of Democratic Opposition in East and Central Europe.
Bernhard Wessels und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 94-202 Cultural Conditions of the Transformation to Liberal Democracies in Central and Eastern Europe.
Dieter Fuchs und Edeltraud Roller
- FS III 94-206 The Evolution of Western Foreign Aid Programs.
Thomas R. Cusack und Joyce P. Kaufman
- FS III 96-201 Political Science: The Discipline.
Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 96-202 Contexts of Political Protest in Western Democracies: Political Organization and Modernity.
Edeltraud Roller und Bernhard Wessels

- FS III 96-203 Problemreich und konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung.
Thomas R. Cusack und Bernhard Weßels
- FS III 96-204 Social Alliances and Coalitions: The Organizational Underpinnings of Democracy in West Germany.
Bernhard Wessels
- FS III 96-205 Abbau des Sozialstaats. Einstellungen der Bundesbürger zu Kürzungen von Sozialleistungen in den neunziger Jahren.
Edeltraud Roller
- FS III 96-206 System Characteristics Matter: Empirical Evidence from Ten Representation Studies.
Bernhard Wessels
- FS III 96-207 Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung.
Dieter Fuchs
- FS III 96-208 Legislative Recruitment in Germany: Professionalization or Political Class?
Bernhard Wessels
- FS III 97-201 Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments.
Thomas R. Cusack
- FS III 97-202 The Electoral Process in the Unified Germany.
Dieter Fuchs und Robert Rohrschneider
- FS III 97-203 Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien
Dieter Fuchs
- FS III 98-201 Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich.
Christian Welzel
- FS III 98-202 Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis.
Hans-Dieter Klingemann
- FS III 98-203 Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes.
Hans-Dieter Klingemann und Richard I. Hofferbert
- FS III 98-204 The Political Culture of Unified Germany
Dieter Fuchs
- FS III 99-201 Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation.
Christian Welzel und Thomas R. Cusack
- FS III 99-202 Analyzing Democratic Change and Stability: A Human Development Theory of Democracy.
Christian Welzel und Ronald Inglehart
- FS III 99-203 Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften.
Dieter Fuchs
- FS III 99-204 Die demokratische Gemeinschaft in den USA und in Deutschland.
Dieter Fuchs
- FS III 99-205 Political Consequences of Germany's Mixed-Member System: Personalization at the Grass-Roots?
Hans-Dieter Klingemann und Bernhard Wessels

- FS III 00-201 Structures of diversity of press and broadcasting systems: The institutional context of public communication in Western democracies.
Katrin Voltmer
- FS III 00-202 Ideology-Driven Public Opinion Formation in Europe: The Case of Third Sector Attitudes in Sweden.
Staffan Kumlin
- FS III 00-203 Industrielle Beziehungen in Ostdeutschland: Zwischen Eigensinn und Paternalismus.
Wolfgang Schroeder
- FS III 00-204 Ministerial Bureaucracies as Stand-In Agenda Setters? A Comparative Description.
Kai-Uwe Schnapp
- FS III 00-205 Typen und Indizes demokratischer Regime. Eine Analyse des Präsidialismus- und des Veto-Spieler-Ansatzes.
Dieter Fuchs
- FS III 00-206 Eastward Enlargement of the European Union and the Identity of Europe.
Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 00-207 Democracy and Its Discontents in Post-Wall Germany.
Richard I. Hofferbert und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 01-201 Human Development as a General Theory of Social Change: A Multi-Level and Cross-Cultural Perspective.
Christian Welzel, Ronald Inglehart und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 01-202 Human Development and the "Explosion" of Democracy: Variations of Regime Change across 60 Societies.
Christian Welzel und Ronald Inglehart
- FS III 01-203 Types and Indices of Democratic Regimes.
Dieter Fuchs
- FS III 01-204 Regierungsstabilität in Osteuropa. Der Einfluss von Parlamenten und Parteien.
Philipp Harfst
- FS III 02-201 Manifesto Coding Instructions (Second Revised Edition).
Andrea Volkens
- FS III 02-202 Contextual Effects on the Vote in Germany: A Multilevel Analysis.
Jan Pickery
- FS III 02-203 Handbuch zur Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente von Parteien und Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland
Andrea Volkens
- Abteilung 3 „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“**
- FS III 98-401 Inequality and Support for Redistributive Policy: One World of Post-Communism, Two Worlds of Western Capitalism?
Jan Delhey
- FS III 98-402 Über die Möglichkeit einer kontinuierlichen und zügigen Fortsetzung des chinesischen Modernisierungsprozesses
Li Pengcheng
- FS III 98-403 Lebensstile im Zeitvergleich: Typologien für West- und Ostdeutschland 1993 und 1996
Annette Spellerberg und Regina Berger Schmitt

- FS III 98-404 Teilzeitbeschäftigte in Europa. Arbeitsbedingungen, Familienkontext, Motive und subjektive Bewertungen
Karin Schulze Buschoff und Jana Rückert
- FS III 98-405 Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich. Welche Faktoren beeinflussen Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche?
Karin Schulze Buschoff, Inge Weller und Jana Rückert
- FS III 98-406 Rette sich, wer kann? Die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung und die Privatisierung der Altersvorsorge
Thomas Bulmahn
- FS III 98-407 Taking Stock: German Unification as Reflected in the Social Sciences
Thomas Bulmahn
- FS III 99-401 Wohnsuburbanisierung am Beispiel Berlin. Ein Erklärungsrahmen
Wilhelm Hinrichs
- FS III 99-402 Income Dynamics in Three Societies. An investigation of social dynamics using "old" and "new" types of social indicators
Zsolt Spéder, Roland Habich
- FS III 99-403 Inequality and Attitudes. Postcommunism, Western Capitalism and Beyond
Jan Delhey
- FS III 99-404 Social Reporting in the 1970s and 1990s
Wolfgang Zapf
- FS III 99-405 New Structures of Inequality. Some Trends of Social Change in Modernized Societies
Heinz-Herbert Noll
- FS III 99-406 Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. Individuelle Dynamik und Haushaltskontext im Ländervergleich
Karin Schulze Buschoff unter Mitarbeit von Jana Rückert-John
- FS III 99-407 Komparative und nicht-komperative Ansätze zur Analyse der Europäisierung der Sozialstrukturen
Bernhard Schäfers
- FS III 99-408 Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland
Petra Böhnke, Jan Delhey
- FS III 99-409 Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ost- und Westdeutschland
Wilhelm Hinrichs
- FS III 99-410 Demokratieentwicklung und Mitwirkung in Ostdeutschland
Eckhard Priller
- FS III 99-411 Attribute einer lebenswerten Gesellschaft: Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit
Thomas Bulmahn
- FS III 99-412 Über die materielle zur inneren Einheit? Wohlstandslagen und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland
Jan Delhey, Petra Böhnke
- FS III 99-413 Poverty in a Multidimensional Perspective. Great Britain and Germany in Comparison
Petra Böhnke, Jan Delhey
- FS III 00-402 Modernity and Happiness. The Case of Germany
Thomas Bulmahn

- FS III 00-403 Understanding Regime Support in New Democracies. Does Politics Really Matter More Than Economics
Jan Delhey, Verena Tobsch
- FS III 00-404 How to evaluate German unification?
Wolfgang Zapf
- FS III 01-401 The Euromodule. A New Instrument for Comparative Welfare Research
Jan Delhey, Petra Böhnke, Roland Habich, Wolfgang Zapf
- FS III 01-402 Nothing Left to Lose? Poverty and Social Exclusion in Comparison. Empirical Evidence on Germany
Petra Böhnke
- FS III 01-403 The Prospects of Catching Up for New EU Members. Lessons for the Accession Countries to the European Union from Previous Enlargements
Jan Delhey
- FS III 01-404 Why Social Policy Needs Subjective Indicators
Ruut Veenhoven
- FS III 01-405 Patterns of Popular Support for the Welfare State. A Comparison of the United Kingdom and Germany
Steffen Mau
- FS III 01-406 Social Cleavages and Political Conflicts in the Contemporary Czech Society
Pavel Machonin
- FS III 01-407 Reporting on Social Exclusion: Standard of Living and Social Participation in Hungary, Spain, and Germany
Petra Böhnke
- FS III 02-401 Korruption in Bewerberländern zur Europäischen Union. Institutionenqualität und Korruption in vergleichender Perspektive
Jan Delhey
- FS III 02-402 Who Trusts? The Origins of Social Trust in Seven Nations
Jan Delhey, Kenneth Newton
- FS III 02-403 Zur Entwicklung der privaten Altersvorsorge. Vorsorgebereitschaft, Vorsorgeniveau und erwartete Absicherung im Alter
Thomas Bulmahn

<p>Bitte die nächste Seite beachten! See the following page, please!</p>
--

Die Arbeitspapiere können bestellt werden/The discussion papers can be ordered:

Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Pressestelle
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Bestellungen von Arbeitspapieren: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die Arbeitspapiere vom WZB anfordern, eine 0,51 Euro-Briefmarke pro Papier als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem Ausland werden gebeten, für jedes bestellte Arbeitspapier einen „Coupon-Réponse International“ (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von Arbeitspapier per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie Ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit Ihrer eigenen Adresse versehenen Aufkleber bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen – wie auch dem WZB – auferlegt wurden, machen diese Maßnahme unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for Papers

We ask for a 0,51 Euro-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are kindly requested to send one “Coupon-Réponse International” (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.